

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gepalte Petitzelle

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 7 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 18. Februar 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — August Bebel. — Zum Wahlrechtskampf in Preußen. — Krise und Gewerkschaften in Frankreich. — Londoner Brief. — Der Arbeitsmarkt in Deutschland im Monat Dezember. — Gau Berlin. — Eingeladnt. — Wie kann eine regelmäßige Entlohnung der Verbandsbeiträge unter den Berliner Heimarbeitern ermöglicht werden? — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bücherschau. — Änderungsänderungen. — Besammlungsstatender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 20. bis 26. Februar ist der 8. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Oberrfeld. Bei der Firma Dahl (Militärbranche) bestehen Differenzen. Zugang ist fernzuhalten.

Obernitzwil (Schweiz). Die Gerberei und Riemenfabrik von Hessi & Cie. ist gesperrt und Zugang von Riemenfabrikern strengstens fernzuhalten.
Wien. Die Treibriemenfabrik Lehart und Wögerbauer ist gesperrt. Gesperrt sind ferner in Pardubitz Werkstattd Gladna, Prag die Firma Stein & Freund und in Karlsbad die Firma Pöferrer.

Raab und Kaschau. Die Firma Zeilshaus und Frankenstein, Lederwarenfabrik, ist nach wie vor gesperrt.

August Bebel!

Am 22. Februar feiert dieser Vorkämpfer der deutlichen, ja der Arbeiterchaft der ganzen Welt, seinen 70. Geburtstag. Wir können diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne uns mit diesem seltenen Manne zu beschäftigen. — Unser Leben währet 70 Jahre — und wenn es willig gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen. So sagt schon der Bibeltext mit Recht. Wenn ein Mensch für sich in Anspruch nehmen kann, gearbeitet zu haben, körperlich wie geistig, gearbeitet zu haben, weniger für sich und seine persönlichen Interessen, als für die Sache der Allgemeinheit, für die große und hehre Sache des arbeitenden Volkes, dann ist er es, unser greiser Jubilar. Nicht jeder Arbeiter, nicht jede Arbeit sind aber so von Erfolg begleitet, wie August Bebel und sein Lebenswerk; sicher hat auch in seinem Leben der Zufall, wie überall, eine große Rolle gespielt, aber trotzdem wollen wir versuchen, der Persönlichkeit, dem Menschen Bebel und seiner Arbeit gerecht zu

werden und ihm unsere Anerkennung nicht versagen.

„Jrgendwo muß der Mensch geboren sein!“ so sagt er selbst in seinem lebenswerten Buche „Aus meinem Leben“, dessen erster Teil soeben herausgegeben wurde, „mit wurde dieses Glück zuteil am 22. Februar 1840 in der Kasematte zu Deuß-Röln.“ — Also ein Soldatenkind! — Und wer immer, auch noch 50—60 Jahre später, den „Alten“ mit Aufmerksamkeit beobachtet hat, sei es im Parlament, sei es in der Versammlung oder im unangewundenen Privatverkehr, der wird an ihm immer bald mehr, bald weniger hervortretenden „soldatischen“ Zug bemerkt haben.

Doch „soldatisch“ im besten Sinne des Wortes, nicht etwa, wie es ein preußischer Unteroffizier von heute aussieht, sondern vielmehr im Sinne weitgehender Kameradschaftlichkeit, Unerschrockenheit, Selbstdisziplin (nicht Kadavergehorsam) und Affektlosigkeit, Unterordnung unter die durch die Mehrheit der Kameraden oder Genossen beschlossenen Bestimmungen. Doch davon später.

Als echtes Proletariatskind hat unter Bebel eine ebensolche Jugend durchgeföhrt. Der Vater, ein königlich preußischer Unteroffizier, war gezwungen für Gott, König und Vaterland, den Schmachtriemen immer mehr anzuziehen und zu hungern. Bei jedem Kinde ein Loch enger — und sie kamen, Jahr um Jahr! Die Mutter hatte die Erlaubnis erhalten, eine sogenannte Privatfantine zu errichten, aus der die Soldaten ihre Vekkarstoffeln, à Portion 6 Pfg., bezogen. Der geringfügige Ueberdich dieses „Restaurants“ war dringend notwendig, um die Familie vor dem Verhungern zu schützen.

Doch Kinderherz und Kindergemüt sind ja so leicht zufriedenzustellen; für die materielle Not der Eltern fehlte unserem August wie allen Kindern der erkennende Blick. Dieser stellt sich erst später, etwa in den letzten Schuljahren ein. Daher sehen wir auch den Unteroffiziersjungen lustig und fidel auf dem Kaiernenhofe die Truppenübungen nachahmen und in den Mannschafsstuben allerhand Allotria treiben.

Der Vater starb nach dreizehnamonatiger Krankheit, just als es ihm gelungen war, einen etwas besser beholdeten Posten als Grenzaufseher zu erhalten. Sein Zwillingenbruder, August Bebel, der Onkel unseres August, nahm sich der Familie an, heiratete die Mutter und gab den Kindern einen zweiten Vater. Eine neue Welt tat sich vor den Augen des nun im fünften Lebensjahre stehenden Knaben auf. In der Gefangenenanstalt zu Braunweiler, in der der Stiefvater angestellt war, empfing das junge Knabengemüt Eindrücke, die es zeitlebens behielt. Mit Schauern denkt der Greis noch heute an die graufamen Mißhandlungen zurück, denen dort die Gefangenen ausgesetzt waren. Der neue Vater war treuforgend und gut, trug jedoch gleichfalls schon den Todeskeim in seinem

Körper, war daher leicht erregbar und prügelte die Kinder in maßloser Weise.

Kurz hintereinander starben der jüngste Bruder und auch der Vater Bebel's, — die Mutter war also in 3 Jahren zum zweitenmal Witwe geworden, — ihr blieb nichts weiter übrig, als mit den Kindern in ihre Heimat Weklar zu verziehen, wo sie sich bei einem Taler monatlicher „Staats-Pension“ mühsam und kümmerlich mit allerhand Arbeiten bis zu ihrem Tode, der bereits erfolgte, als unser August 13 Jahre alt war, schlecht und recht durchschlug. Ein tapferes Weib! Hier in Weklar besuchte Bebel zunächst die Armenischule, die später mit der Bürgerchule verschmolzen wurde. Er war ein sehr gelehriger Schüler und mit nicht geringem Stolz erinnert sich der Alte seiner Schulzeit. Nur für die Religion, mit ihrem türckertlichen Memorierstoff zeigte er keine Vorliebe, — er lernte das nur, weil er es lernen mußte. Dankbar erinnert er sich noch heute seines Lehrers, der sich der Mühe unterzog, dem begabten Knaben noch private Nachhilfestunden zu erteilen. Aber — es ist nun einmal so, die besten und begabtesten Schüler sind sehr häufig auch die, denen der Schalk stets im Nacken list. Und freimütig bekennt der Alte, daß er nicht nur beim Lernen, sondern weit mehr noch bei allen losen Streichen bemüht war, an der Spitze dieser Heldenschar, seiner Mitschüler zu marschieren. Geistesgegenwart und Mut zeigte er nicht nur beim Aufstellen, sondern auch bei der Lebensrettung seines Bruders und Vektters, die beim Eislaufen eingebrochen waren. Doch auch der zukünftige „praktische“ Politiker ist jetzt schon in ihm erkennbar. Wenn es die Umstände erlauben, versteht er sich auch vor einer Tracht Prügel zu drücken, ja sogar auch dann, wenn ein anderer die Prügel einheimite, die von Rechtswegen ihm gebührten. Er stellte sich nicht nachträglich als der Schuldige hin, mit der Motivierung, weil Prügel ja doch nicht mehr „zurückgenommen“ werden können.

Anderer Feldentaten, die wir alle, als ehemalige „Kaugen“ mehr oder weniger auf dem Kerkholz haben, brachten ihn namentlich bei seinem Skantor in den Ruf, der größte Laugenichts von Weklar zu sein. Doch auch ihm kam der Tag der Erkenntnis. Plötzlich fühlte er die Verpflichtung in sich, nun ein „brauchbarer“ Mensch zu werden, als er mit dem Sohne eines Majors zusammentraf, der sein „innigster“ Freund war, die Feststellung machen mußte, daß sie beide im „Betragen“ die Zensur No. 5, also die schlechteste, die zu vergeben war, erhalten hatten.

Schon im nächsten Jahre hatte er es auf eine „Drei“ gebracht und so ging es weiter hinaus, so daß er später der reinste Musternabe wurde.

Es war auch Zeit geworden. Die Mutter war gestorben und die Kinder wurden bei Verwandten untergebracht. August kam zu einer

Lante, die eine Wassermühle in Erbpacht hatte. Hier zeigt er sich bereits als fleißige und unerschütterliche Stütze des Wirtschaftsgetriebes. Mit den Hühnern herbei und Wehl fortzuführen, bei welcher Beschäftigung er manchen Spaß erlebte, war seine Spezialität. Der Süßherb war seinem Kommando unterstellt und gewissenhaft waltete er seines Amtes.

Inzwischen war die Schulpflicht beendet. „Was soll ich werden.“ das war die Frage, die der Verantwortung barnte. Nach vielem Hin und Her kam er zu einem Drechsler in die Lehre, nachdem sich der Meister vergewissert hatte, daß unter August bei der Konfirmation sein Gramen gut bestanden hatte. — Er war ein schmaler Junge, was bei den bereits erwähnten Umständen hinsichtlich sein Wunder war. Seine Vergrößerung war nicht die schlechteste, bekam er doch einigermassen zu essen, was aber wohl nicht allzuviel belagen will, wenn man hört, daß sein Hauptmahl als Strafe stets geüben war, sich einmal an Butterbrot so recht von Herzen satt essen zu dürfen.

Von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr dauerte die Arbeitszeit, bei Sonn und Regen nach 14 Pfg. wöchentlichem Lohn, das ihm die Meisterin für Wasserholen spendierte. Wöchentlichen oder sonntäglichen Ausgang gab es wenig; nur die Kirche durfte er Sonntags besuchen. Sein Meister erzwangte ihn jedoch beim Schwänzen des „Gottesdienstes“, er hatte ein falsches Lied angegeben, welches gesungen worden sein sollte, und aus wars auch mit diesen wenigen Freistunden.

Der Meister starb am selben Tage, als August Geheile wurde, wodurch dieser sofort zum Geschäftsführer avancierte.

Für seine Frau Meisterin, eine auffallend hübsche und rüstige Frau, wäre er durchs Feuer gegangen — er arbeitete jetzt wie ein „Schleher“ von Sonnenaufgang bis zum Dunkelwerden.

Im Jahre 1858 gab die Frau das Geschäft auf, gab ihrem „Geschäftsführer“ noch außer dem Lohne einen Taler extra und am 1. Februar ging August mit seinem Bruder, der ihn ein Stück des Weges geleitet hatte, zum Lore hinaus.

Seinen Bruder hat Bebel nicht mehr wiedergesehen, denn bereits im folgenden Jahre erlag derselbe einer heftigen Krankheit.

Jetzt steht er allein in der Welt. Als Handwerksbursche durchzogen er Süddeutschland und Tirol. Kostliche Abenteuer! aus diesem Abschnitt seines Lebens schildert er uns in seinem Buche, das in seiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte. Auch hier zeigt er, daß er es für geraten hält, bei geeignet ercheinender Sachlage der Lappigkeit besseren Teil zu erwählen und die Flucht zu ergreifen. Bei seinem schwächlichen Körper war es immer der Geist, die schnelle Auffassungsgabe, die ihn jede Situation rechtzeitig erkennen und ausnutzen läßt. In Salzburg nahm unter Drechsler längeren Aufenthalt. Mit inniger Freude erinnert er sich an diesen wohl schönsten Teil seines Lebens.

„Nehmt das Gute wo ihr findet“ war sein Wahlspruch! Der wih- und lernbegierige Jüngling benutzte die ihm durch den katholischen Gesellenverein (die einzigen Arbeiter-Bildungstätten damaliger Zeit) gebotene Gelegenheit, sein Wissen zu vervollständigen. Ein prachtvoller Mensch; der Domherr Dr. Schödl interessierte sich sehr für den Verneinenden und um ein fast intimes Freundschaftsverhältnis spannen sich zwischen Lehrer und Schüler, trotzdem der letztere durchaus nicht religiös veranlagt, vor allem aber nicht katholisch war. Ein Fall, der bei der heutigen Verheugung und Zerstückelung der Arbeiterschaft durch die katholische Geistlichkeit gar nicht mehr denkbar wäre.

Es waren politisch unruhige Zeiten. Das Soldatenblut unseres Augusts giel in Wallung. Er meldete sich als Freiwilliger bei den Oesterreichern, dort abgewiesen, weil er Preuze war, bei den Preußen, die ihn wogen und zu leicht befunden haben. Sein Wunsch Soldat zu werden, wurde ihm nie erfüllt.

Am 7. Mai des Jahres 1860, abends 11 Uhr, gelangte Bebel, aus seiner Vaterstadt Weglar kommend, in Leipzig an. — Nur dem Zufall, und nicht seiner Absicht verdankt er es

überhaupt, nach Leipzig gekommen zu sein. Und wiederum durch einen Zufall erhielt er in dieser Stadt, die ihn durchaus gefiel, Arbeit.

Mit diesem Leipziger Aufenthalt begann Bebel's Eintritt ins öffentliche Leben. Hier wohnte er der ersten öffentlichen Versammlung bei und hörte, wie die Arbeiter Vahlreich und Frische schwer gelehrten Herren kräftig zu Leibe rückten. Sein innigster Wunsch, auch „so reden“ zu können, obgleich er mit den beiden sachlich nicht einverstanden war, sollte bald in Erfüllung gehen. Bebel wurde bekanntlich einer der glänzendsten Volks- und Parlamentsredner des Deutschen Reiches. Hier trat er dem Bildungsverein bei, auf dessen späteres Wirken er einen bestimmenden Einfluß erhielt. Zwei Richtungen standen sich in diesem Vereine scharf gegenüber, eine politische und eine impolitische, der letztern gehörte der spätere Politiker Bebel an. Hier kam Bebel mit den führenden Männern der Demokratie, der politischen Opposition zusammen.

Hier lernte er auch Wilhelm Liebknecht kennen, den Mann, der wohl den nachhaltigsten Eindruck auf Bebel in politischer Beziehung gemacht hat. Trotz mancher Gegensätze werden die beiden für ein Menschenalter zusammengefaßt, so daß man kaum an den einen denken kann, ohne sich des anderen zu erinnern. Hier wurde aus dem nur politisch leistenden und temperamentoosen Heißjorn Bebel in langjähriger, harter Lektürensarbeit der spätere kluge und geschickte Theoretiker und Praktiker der deutschen Arbeiterbewegung.

Wohl kein Mensch, der in der Doffentlichkeit steht, ist so begeistert, so entsetzt und verzerrt worden wie August Bebel. — Und nicht nur von seinen natürlichen Feinden. — Unfehlbar ist auch er allerdings nie gewesen, das hat er selbst oft genug zugestanden. Und wenn fälschlich erst wieder ein „Doktor“ in den Z. M. bläsiert und nöselnd erklärte, daß die Arbeiterschaft selbst keine Theoretiker erzeugt habe, sondern auf die „Doktoren“ angewiesen sei, so entsinnen wir uns mit Vergnügen eines anderen „Doktors“, der Bebel in geradezu widerlicher Weise verhimmelt und — später ebenso widerlich beschimpft hatte, nachdem der Alte ihm links und rechts einige kräftige Ohrfeigen appliziert hatte (natürlich nur bildlich). Auch von Fremdesseite hat man gegen Bebel häufig den Vorwurf erhoben, er sei lediglich ein Stürmer und Dränger, ganz unbedenkbar und jeder positiven Arbeit unfähig. Nichts ist verkehrter als das. Selbst in seinen jungen Jahren ist er es nie gewesen. Ja, er könnte noch manchem heutigen Gewerkschaftler geradezu als Muiter vorgeführt werden, wenn man seine Maßnahmen und Versuche zu dem Gelingen und der Beilegung wirtschaftlicher Kämpfe der Vier Jahre in Leipzig (Buchdrucker, Schuhmacher u. a. betrachtet). Er erweist sich da als so vorzüglicher Taktiker und guter Beobachter, daß man darüber staunen muß, hatte man doch damals nicht so wie heute die Erfahrungen zum Berater.

In erster Linie ist Bebel natürlich stets Politiker gewesen und bis heute geblieben. Hart mußte er um seine materielle Existenz kämpfen, auch als er bereits Fabrikant geworden war. Die politische Arbeit zog ihn stets wieder aus der Werkstatt. Es waren politisch bewegte Zeiten die Jahre bis 1871. Preußen hatte gründlich aufgeräumt unter den Kollegen von „Gottesgnaden“. Der dänische und daraus folgend der österreichische Krieg verdrängte den politischen Schwerpunkt zusehends nach Preußen, an dessen Spitze ein schlauer und skrupelloser Diplomat (Bismarck) stand, und seine Kege geschickt zu stellen suchte. Gegen diesen Mann und sein System stellte auch Bebel seine beste Kraft ins Feuer. 1867 schon als Abgeordneter in den Norddeutschen Bundesstag gewählt, nahm er den Kampf mit Bismarck und seinem System auf. Der Protest gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen brachte Bebel und Liebknecht eine 3jährige Freiheitsstrafe, dafür aber auch die Achtung aller anständigen Leute ein.

Unermüdet und ununterbrochen ist seitdem der nunmehr Siebzehnjährige im Deutschen Reichstage für das Wohl der deutschen Arbeiter

tätig. Eine geschichtliche Würdigung der inneren Kämpfe aus der Sturm- und Drangperiode der deutschen Arbeiterbewegung an dieser Stelle zu geben, gestattet heute nicht der Raum. Auch dürfte es sich empfehlen, zu diesem Zwecke lieber die Quellen, die Literatur, so auch das neueste Buch Bebel's, in Anspruch zu nehmen.

Bebel wurde durch seine politische Tätigkeit als sächsischer Landtags- und deutscher Reichstagsabgeordneter bald so in Anspruch genommen, daß er seinen alten Beruf an den Nagel hängen und als Schriftsteller und Politiker dem neuen Beruf nachgehen mußte.

Als Schriftsteller wie als Politiker hat er eine fruchtbringende, fleißige Arbeit geleistet. Sein Hauptwerk, daß jetzt schon in fast alle Sprachen der Erde übersetzt wurde, ist „Die Frau und der Sozialismus“. Neben diesem hat er unzählige kleinere Schriften, die dauernden Wert haben, und solche für den Tageskampf berechnet geschrieben.

Als Politiker hat er sich in erster Linie den sozialen Fragen und dem Arbeiterschutz (Wahlvereinerordnung, Entlohnung für die Arbeiterversicherung), dann aber vor allem dem Militär- und Kolonialetat gewidmet.

Bebel war und ist noch heute einer der glänzendsten und eindrucksvollsten Redner des Deutschen Reichstages. Ihm zuzuhören, ist fast ausnahmslos ein ästhetischer Genuss. Mit einem Feuer, das man bei vielen Jungen vergeblich sucht, führt er die haarsträubigsten Dinge der Dialektik. Oft langsam und bedächtig Wort für Wort und Satz für Satz unterleitend, dann wie ein wilder Gebirgsbach dahinstürmend, Brüden und Wehre hinwegreibend, raft sein Redetrom dahin. Silberbelles Metall liegt in seiner Stimme, und selbst seine wütendsten und hämischsten politischen Feinde vertragen ihm die Achtung nicht, die einem solchen Gegner gebührt.

Er ist im Kampf geboren, unter Alter, und im Kampfe erreicht er erst seine wahrhafte Größe. Als Statsredner großartigster Art ist ihm auch von den besten „Jungen“ seiner über. Man muß ihn gehört und gesehen haben, wenn er im Reichstage bei ganz besonderen Anlässen zu süßem Schläge ansholle, z. B. bei der großen Zukunftsaussichtsdebatte anfangs der Vier Jahre und anderen Gelegenheiten, da wird er zum Helden. — der kleine Mann klettert förmlich an sich selbst empor und höchster sittlicher Ernst ist es, sein hohles Pathos, was er dem lautlos lauschenden Auditorium zu Gehör bringt.

Toch er wird alt! Und die letzten Jahre schien es, als ob es bald mit ihm zu Ende gehen sollte. Ein Glück, daß es ihm seine jetzigen materiellen Verhältnisse gestatten, dem durch den Kampf und die Entbehrung früherer Jahre geschwächten Körper etwas zu schenken. Wir, die deutschen Arbeiter wissen, was wir an diesem Manne haben, wir wissen was wir ihm zu danken haben, doch den Dank begehrt er nicht.

Wohl gibt es Männer, die vielleicht klüger als Bebel, und ihm auf diesem oder jenem Gebiete überlegen sind. Doch darauf kommt es nicht an. Als Persönlichkeit betrachtet, mit seinen Fehlern und Vorzügen, so ist uns der Alte erst wert und teuer. So wie er ist, muß er sein und nicht anders, wenn nicht die Perle darunter leiden soll. Von ihm gilt das Wort: „Nehmt alles nur in allem, er ist ein Mann.“

Wir wissen, daß unter Alter auch heute noch jung ist und wenn es sein muß, auch heute noch wie nur irgendein Junger auf dem Blage ist, wenn es gilt gegen die Herrschaft des Kapitals und gegen die Unterdrückungsgelüste der herrschenden Klasse das Schwert zu ziehen und Angriffe abzuwehren. Und weil wir das wissen, so bringen auch wir unserem Jubilar zu seinem Ehrentage unsere aufrichtigsten Glückwünsche dar. Wir wünschen und hoffen, daß es ihm noch viele Jahre beschieden sein möge, die deutsche Arbeiterschaft auf ihrem Vormarsche beobachten zu können und die deutsche Arbeiterbewegung, deren Mitbegründer er war, dem erstrebten Ziele näher zu wissen.

Zum Wahlrechtskampf in Preußen.

Die preußische Wahlrechtsbewegung ist in eine neue Phase eingetreten. Nachdem es der preußischen Arbeiterklasse gelungen war, durch eine energische Wahlrechtskampagne den Nachweis zu führen, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht vom Jahre 1849 allen Grundfäden von Gerechtigkeiten und Staatsflugsheit Hohn spricht, nachdem die Sozialdemokratie durch ihre öffentliche Propaganda die Reform dieses Wahlrechts zur brennendsten Aufgabe der Gegenwart gemacht, sah sich der preußische König genötigt, am 20. Oktober 1908 die Notwendigkeit einer organischen Fortentwicklung des Wahlrechts anzuerkennen und eine solche Reform zu versprechen. Es hat lange gewährt, ehe sich die preußische Regierung dazu bequeme, dieses königliche Versprechen zu erfüllen. Festig waren der Widerstreit der Interessen der bürgerlichen Parteien, die mehr oder weniger mit dem Dreiklassenwahlrecht verknüpft sind. Das Versprechen des Königs wurde gegeben zur Zeit des konservativ-liberalen Blocks, der in Preußen indes allezeit auf schwachen Füßen gestanden hat. Die große Steuerreform, die dieser Paarung ein Ende machte, führte eine gewisse Annäherung des Zentrums an die Konservativen auch in Preußen herbei. Die Sehnsucht, das Übergewicht dieser rückständigen Gruppen im Landtage möglichst dauernd zu beseitigen, wurde zum Leitmotiv der neuen Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung, deren Ministerpräsident sich lediglich als ausführendes Organ dieser starken Mächte der Reaktion betradet. Der neue Wahlrechtsentwurf ist ein Hohn selbst auf die bescheidensten Erwartungen des preußischen Volkes geworden. Er hat einen wahren Sturm der Entrüstung nicht nur bei der Arbeiterklasse, sondern bis weit in die Reihen der bürgerlichen Kreise hervorgerufen. Niemand ist davon befreit, — allenfalls regt sich dort der Unwille ob dieses fribolen Spiels mit der öffentlichen Meinung, das um so gefährlicher wirkt, als dadurch die Unzuverlässigkeit förmlicher Versprechungen in die denkbar übelste Beleuchtung gestellt, — Treu und Glauben zur Monarchie geradezu untergraben werden.

Der Arbeiterklasse hat dieser Entwurf keine andere Enttäuschung bereitet. Sie mußte angesichts der Haltung ihrer Gegner seit langem mit deren Mangel an gutem Willen zu einer wirklichen Reform rechnen. Die Arbeiter Preußens haben sich auch keineswegs auf die Verheißung der Thronrede von 1908 verlassen, sondern unermüdlich ihre Agitation fortgesetzt. Ihr Vertrauen zur Regierung war seiner Erschütterung fähig. Wohl aber darf sie dieser Regierung dankbar sein für eine Vorlage, die besser als alles Bisherige die Unmöglichkeit des Dreiklassenwahlrechts und die Gemeingefährlichkeit des Junkerregiments in Preußen zum Bewußtsein weiterer Volksteile bringen. Sie hat der Wahlrechtsbewegung neue Impulse gegeben, sie treibt die rückständigen Wählermassen und die noch größeren Massen der Nichtwähler in unsere Wahlrechtsverhandlungen, — sie schafft den Boden für einen großen, das preußische Volk in seinen Tiefen erfassenden Wahlrechtskampf.

Mit Verwunderung gewahrt der Leser der bürgerlichen Presse, daß die Regierung an dem Dreiklassenwahlrecht festhalten will, das den politischen Einfluß nach dem Geldmaß bemisst und den Kinderberrückten, den Besitzlosen, den von seiner Hände Arbeit lebenden Staatsbürger in die Klasse des überkommenen Böbels verweist. Er liest, daß auch die öffentliche Stimmgabe bestehen bleiben soll, die den wirtschaftlich abhängigen Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und Beamten hindert, seiner wahren Gesinnung Ausdruck zu geben. Und selbst die ungeseliche Wahlkreisenteilung soll unangetastet bleiben, die die Wählermassen der großen Städte und Industriebezirke gegenüber den Junkerwahlkreisen des flachen Landes entrechtet, indem sie letzteren ein drei- bis zehnmal größeres Wahlrecht gibt. Das nennt sich Wahlrechtsreform, — das soll die „organische Fortentwicklung“ des Wahlrechts sein! Das ist ja eine Verhöhnung des Volkes, wie sie dreier kaum gedacht werden kann!

Ja, was wird denn eigentlich an diesem Wahlrecht reformiert? Und nun findet der Leser, daß ihm der neue Entwurf gestatten will, künftig dem Abgeordneten selbst, anstatt erst einem Wahlmann seine Stimme zu geben (direkte Wahl); daß von den Allerreichsten nicht mehr die volle Steuerleistung, sondern letztere nur bis zu 5000 Mk. angerechnet werden soll, wodurch einige Wohlhabende zu „erstklassigen“ Staatsbürgern werden, und daß, um das hierdurch entstandene Manco der zweiten Wählerklasse auszugleichen, ein System „gehobener Wähler“ erfunden wird, — Wähler, die würdig sind, der unteren Klasse entrückt und in die herrschenden Klassen eingereiht zu werden.

Es ist von Interesse, sich dieses System der „gehobenen Wähler“ näher anzusehen. Nach dem Entwurf sollen Akademiker, jetzige oder frühere Abgeordnete des Reichs, oder Landtags, Ehrenämter von staatlichen, prärogativen oder kommunalen Verwaltungen und Regierungsbeamten, die nach ihrem Einkommen nachhöherer Wählerklasse und Gemeindefürsorge, oder Magistratsvorsteher, Einjährig-Freiwilligengerechteste und Militärärzte der dritten in die zweite Wählerklasse eingereiht werden. Das sind die festen Stützen des Staates, denen die Regierung das Vertrauen schenkt, daß sie in öffentlicher Abstimmung nur für Ordnungskandidaten stimmen werden. Sie dürfen gemeinsam mit den Erstklassigen der preußischen Nation die dritte Wählerklasse niederstimmen.

Aber nicht unterirdischlos bringt die Regierung ihnen des Vertrauens entgegen, und diese Unterschiede zeigen den Grad der Wertschätzung für das gebobene Stimmaterial. Der Reserve-Lieutenant ist die feste Säule der Ordnung; er wird schon nach zehnjähriger Weerd- oder Marinezugehörigkeit, also schon im Alter von 28 Jahren, der höheren Wählerklasse zugehört. Der Militäranwärter braucht nach seiner Militärdienstzeit noch eine fünfjährige Frist des Wohlverhaltens zurückzulegen, dann hat auch er, etwa im 34. bis 35. Jahre, das Ziel erreicht. Der Herr Einjährigfreiwillige nach 18jährigem Weid des Einjährigfreiwilligenzuges, also etwa im 30. Jahre. Der Mann mit der abgeschlossenen wissenschaftlichen Bildung muß zehn Jahre im Weid seines Prüfungszeugnisses sein, ehe er in die Gemeinshaft der „Gehobenen“ aufrückt; mit 35 Jahren kann er's geschafft haben, wenn er nicht unglücklichweise Medizin studierte, die eine längere Hochschulbildung erfordert. Der Reserveoffizier, der ehemalige Unteroffizier oder Feldwebel, diese edelsten Kräfte des heutigen Militärsystems, sie sind ihm vorausgegangen. Aber er darf froh sein, sich im Glanze solcher neuen „Klassenengrosien“ zu sonnen. Welches Anrecht hätte die Wissenschaft auch sonst, sich neben dem Militärbewußt zu stellen. Der Zivilversorgungsschein berechtigt zur halben Wartezeit gegenüber dem akademischen Doktorgrad. Damit ist der richtige Abstand festgelegt. Die politische Intelligenz im Kaiserreich Preußen reist ungleich rascher auf den Exzerzierplätzen und Kasernenhöfen als auf den Hochschulen einer staatlich abgeschlossenen Bildung. Man nimmt indes die Wissenschaft mit in den Steg der „Gehobenen“, damit sie nicht gänzlich die Fühlung mit den staats-erhaltenden Mächten verliert. Die Kerne! Sie ist ja ohnehin genau so abhängig wie das große Meer der „Zwischenforsorgen“, die öffentlich keinen anderen als einen Regierungskandidaten wählen dürfen.

Aber wo bleibt denn der „Mittelstand“, wo bleiben die großen Massen der Handwerker, der Klein- und Hausgewerbetreibenden, der Kleinbauern und Privatbeamten, wo bleiben die Lehrer, die Angestellten von Reich, Staat und Gemeinden, die Angestellten im Handel, alle die, die der Sozialdemokratie gegenüber als das beste Fundament des Gegenwartsstaates gerühmt werden? Sie sollen auch ferner zur dritten Wählerklasse, zur Klasse des unsers plebs gehören, die von den Erstklassigen noch stets überstimmt worden ist. Sie haben nichts und sind nichts. Die militärische oder akademische Karriere blieb ihnen verschlossen, weil's nicht langte — sie leben nur von ihrer Hände Arbeit, — das ist die schärfste Empfindung für einen preußischen Staatsbürger. Sie mögen ein Leben voll harter Arbeit hinter sich haben, mögen auch sonst in ihrem bürgerlichen Beruf ganz tüchtige Männer, sogar nützliche und notwendige Glieder der Gesellschaft sein, — das alles wiegt die politische Intelligenz eines preußischen Leutnants oder Unteroffiziers nicht auf.

Kuh den bürgerlichen Wählermassen nicht die brennende Schamrote ins Gesicht streuen, wenn wir ihnen diese Wertschätzung seitens einer wohlhabenden Regierung vor Augen führen? Wer könnte noch zweifeln an der agitatorischen Kraft eines Wahlrechtsentwurfs, der die Entrückung über den fribolen Steuerfeldzug, wenn sie ja schon in Vergessenheit geraten könnte, aufrichtet und sogar überbietet durch die dreifache Verhöhnung aller Kinderberrückten? Aus jedem Paragraphen dieses Maßwerks schaut die Verachtung des Junkerregiments für alles, was aufwärts strebt, heraus, — und wir sollten angesichts dieses Regierungsentwurfs um wirksame Aktionsweisen verlegen sein?

Die Arbeiterbewegung begrüßt diesen Entwurf, der das wahre Gesicht der preußischen Regierung kundtut. Sie wird ihn auf das sorgfältigste studieren, wird ihn sich in ihre Agitationsmappen heften und damit hinausziehen in Stadt und Land! Was könnte sie auch anderes tun? Ihr Einfluß im Abgeordnetenhaus ist nach diesem Klassenwahlrecht ein so schwacher, daß der parlamentarische Kampf

auch bei größter Anstrengung und geschicktester Strategie keinen Erfolg verheißt. So bleibt ihr nur der Kampf von unten heraus, der Appell an die Millionen von Wählern, die dieses Wahlrecht seither jedes wirksamen Einflusses auf die Landesgesetzgebung beraubte. Aber dieser Appell an die Millionen wird nicht ungehört verhallen, dafür bürgt uns die Wahlrechtsvorlage selbst, wie auch der rühmlich bekannte Eifer unserer Genossen. Was wäre leichter in der preußischen Wahlrechtsbewegung erreicht, wo wäre das Eintreten des Bürgerturns, wo die Forderung der Thronrede geblieben — ohne diese zähe, unanhaltende Agitation der Arbeiterklasse! Auch diesmal werden die Arbeiter die Führer des Wahlrechtskampfes sein, — sie werden das Volk selbst aufrufen und dafür sorgen, daß die Antwort des Volkes auch gehört und richtig verstanden wird!

So ergibt denn an jeden, der in den Reihen der Arbeiterbewegung steht, der Auf, seine volle Kraft für die nächste Zeit in den Dienst des großen Wahlrechtskampfes zu stellen. In diesen Tagen, wo auf Jahrzehnte die großen Lebensfragen der Nation entschieden werden, darf keiner zurückbleiben von jedem wird erwartet, daß er an seinem Plage seine volle Schuldigkeit tue. In Wahrheit und auf dem Weipias, im Schacht und in den Kontoren muß das aufläuternde Wort gesprochen, durch Versammlung, durch Flugblatt und Presse müssen die Wählermillionen von den schwachwollen Tendenzen des Wahlrechtsentwurfs unterrichtet, muß die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen zur Parole des Wahlrechtskampfes erhoben werden. Die Regierung selbst fordert das Volk heraus, — sie will die Klassenordnung, den Klassenkampf! Die Klasse der Entrückten, der Unterdrückten wird ihr das Werk ihrer Klassenpolitik vor die Füße werfen!

Londoner Brief.

London, Februar 1910. Die englischen Parlamentswahlen sind nun vorüber, und obwohl die liberale Partei viele Mandate verloren hat, ist das Ergebnis doch nicht derartig, daß die konservativen Schutzgollpolitiker es als einen Sieg bezeichnen können. In die Liberalen etwa die gleiche Zahl von Abgeordneten haben wie die Konservativen, so können die letzteren nur mit Hilfe der Arbeiterpartei und der irischen Nationalisten die Regierung führen. Die Frage, ob Schutzgoll oder Freihandel, ist somit nicht erledigt, sondern nur aufgeschoben worden. Die Konservativen werden natürlich alles daran setzen, um die neue Regierung zu erringen, das Parlament wieder aufzulösen und Neuwahlen auszuführen. Besonders Interesse und weitest Beachtung verdient die Position der Arbeiterpartei, welche durch die Verdrängung im Kräfteverhältnis der Parteien eine magische Stellung im Unterhause besitzt. Es wird demnach viel von der Taktik der Arbeiterpartei, welche aus 40 Mitgliedern des Parlaments besteht, abhängen, ob sie sich der kritischen Situation gewachsen zeigen wird. Am 9. Februar fand die zehnte Jahreskonferenz der Partei in Newport statt. Am Tage vorher fand eine besondere Konferenz statt, welche sich mit der rechtlichen Lage der Arbeiterpartei beschäftigte, hat, da die Existenz derselben durch die vor kurzem getroffene Gerichtsentscheidung des Oberhauses bedroht ist.

Wie die Entscheidung besagt, ist es den Gewerkschaften verboten, von ihren Mitgliedern zum Zwecke der parlamentarischen Vertretung Beiträge einzufordern. Damit ist die Quelle verstopft, aus welcher die Arbeiterpartei bisher ihre finanziellen Bedürfnisse beschickte. Der einzige Weg, welcher der Arbeiterpartei offen steht, ist der, ihre Macht im Unterhause dazu auszunutzen, die freie Verfügungsgewalt der Gewerkschaften über ihre eigenen Gelder wiederherzustellen. Ob das gelingen wird, hängt von vielen Umständen ab, da es den Liberalen trotz ihrer gegenwärtigen Verhältnisse nicht recht ist, daß eine selbständige Arbeiterpartei überhaupt besteht.

Viele der Resolutionen, welche der Konferenz unterbreitet wurden, kehren jedes Jahr wieder, doch ist es von großem Interesse, bei den Debatten zu sehen, welchen Weg der Entwicklung die Arbeiterpartei zum Sozialismus zurückgelegt hat. Von großer Wichtigkeit sind z. B. die Resolution der Dockarbeiter und der Gasarbeiter, welche verlangen, daß ein eigenes Programm auf Grundlage der auf den Konferenzen angenommenen Resolutionen ausgearbeitet werden soll. Denn nur so wird es möglich sein, sich auf eigene Füße zu stellen und sich in klarer Weise von den bürgerlichen Parteien zu unterscheiden.

Die Arbeitslosenfrage ist ebenfalls zur Besprechung gekommen, und es wurde verlangt, daß die „Recht auf Arbeit“-Gesetzesvorlage wieder eingebracht wird und sollen die Abgeordneten ver-

anlaß werden, eine stärkere Haltung als wir bis- her im Parlamente dazu einzunehmen.

Mit der Verfassungsfrage beschäftigten sich viele Resolutionen, wozu die meisten derselben übereinstimmen, in die Abschaffung des Oberhauses. Mit Bezug auf die Wahlrechtsfrage wurde gefordert das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter, staatliche Diäten, sowie Verzählung der Wahllokale, Proportionalverteilung oder Stichwahlen, Verkürzung der erforderlichen Wohndauer, Abschaffung des Pluralvotums, Abhaltung der sämtlichen Wahlen an einem Tage und strengere Heberwachung und Verkürzung der Wahlkapitulation. Das letzte Forderung notwendig, konnte man sehr gut bei den schon statgefundenen Wahlen beobachten, bei denen durch Verletzung und Verletzung ein ungeheurer Trub, namentlich in den kleinen Städten und auf dem Lande ausgeübt wurde. Veranlaßt durch die in letzter Zeit hervorgerufenen Kriegs- heberungen verdient folgende, von der Gewerkschaft der Tischler eingebrachte Resolution Erwähnung: Die Konferenz der Arbeiterpartei in der Meinung, daß es zwischen den Arbeitern der Welt keinen Grund zum Streit gibt, und daß der Krieg der größte Feind des menschlichen Fortschrittes ist; sie erklärt sich deshalb nachdrücklich gegen alle Formen des Militarismus und beantragt, um denselben abzuschaffen, den Vorstand, die nötigen Schritte zu tun, um ein aus Vertretern aller zivilisierten Länder bestehendes internationales Komitee zu gründen, welches sich bei dem geringsten Zeichen eines drohenden Krieges versammelt und eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter in allen Ländern herbeizuführen muß.

Es sind außerdem noch so viele andere bedeutende Resolutionen vorgeschlagen, die unmöglich alle zur Verhandlung kommen konnten. Zum ersten Male waren auf dieser Konferenz die Vertreter der Bergarbeiter anwesend, die sich bekanntlich im letzten Jahre durch den Verband mit seinen 500.000 Mitgliedern der Arbeiterpartei angeschlossen haben.

Wenn die Leser der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ diese Zeilen in Händen haben, werden die Tagesblätter jedenfalls schon die Berichte der Verhandlungen gedruckt haben, und ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, zu wissen, wie die Stellung der englischen Arbeiterschaft ist zu den Fragen, welche die Interessen der gesamten internationalen Arbeiterschaft betreffen. J. A.

Krise und Gewerkschaften in Frankreich.

F. G. K. Paris, im Januar. Die soeben erschienene Statistik des französischen Arbeitsamtes über die Streiks in Frankreich im Jahre 1908 zeigt deutlich die Wirkungen der Krise auf die Gewerkschaftsbewegung. Dagegen hilft auch nicht die syndikalistische Taktik, ja man kann im Gegenteil behaupten, daß dadurch die Gewerkschaften den Wirkungen der Krise machtloser gegenüberstehen wie früher, mit Unterstützungseinrichtungen ausgestattete Zentralorganisationen. Schon aus der Zahl der Streiks und der daran Beteiligten erfieht man die Wirkungen der Krise. Diese betragen in den letzten fünf Jahren:

	Streiks	Beteiligte
1904	1026	271.097
1905	890	177.686
1906	1300	498.406
1907	1275	197.641
1908	1073	99.642

Während die Zahl der Streiks nur wenig unter dem Durchschnitt zurückblieb, was an sich für den Umfang der Lohnkämpfe wenig bedeutet, blieb die Zahl der Streikenden um mehr als 58 Proz. hinter dem Durchschnitt zurück. Vergleicht man das Jahr 1908 nach dem Erfolge der Gesamtheit mit dem Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre, also einschließlich der vorhergegangenen Arbeiterjahre, so ergibt sich trotz der geringen Anzahl der Streikenden eine erhebliche Steigerung der erfolglosen Streiks. In Prozenten umgerechnet ergibt sich folgendes Verhältnis:

	Streiks		Streikende	
	1898-1907	1908	1898-1907	1908
Erfolgreich	22,72	17,24	11,58	20,33
Teilw. erfolgreich	89,14	30,20	63,05	47,05
Erfolglos	38,14	52,26	25,87	32,62

Daß nur starke Organisationen auch in Zeiten der Krise kampffähig bleiben, geht aus der Statistik noch besonders hervor, wenn man sie auf die daran beteiligten Industriegruppen untersucht. An der Spitze stehen die Bauarbeiter, die sich eine verhältnismäßig starke Organisation geschaffen haben, mit 458 Streiks und 98.796 Streikenden. Die Bauarbeiter stellen also allein über ein Drittel

der Streikenden und 40 Proz. der Streiks. Nach der Zahl der Beschäftigten gerechnet, stehen an erster Stelle die Steinbrucharbeiter mit 77,08 Streikenden von 1000 Beschäftigten. Es folgen die Bauarbeiter mit 71,13, die Bergarbeiter mit 37,19 und die Arbeiter der Gruppe Steine und Erden mit 33,03 pro 1000 Beschäftigte. Ueber die Verteilung der verschiedenen Industriegruppen ergibt sich folgendes Bild:

Industriegruppen	Zahl der Streiks	Streikende	Resultat in Proz.			
			erfolg- reich	teilw. erfolg- reich	erfolg- los	
Landwirtschaft, Fischerei	40	6099	45,29	39,57	16,15	
Bergbau	35	8766	32,05	41,11	26,84	
Steinbruch	28	4707	1,53	92,01	16,46	
Lebensmittelindustrie	14	1420	9,37	5,49	85,14	
Gemischte Industrie	24	1307	26,32	33,44	40,24	
Geographische Berufe	37	1838	18,88	48,91	32,21	
Vederindustrie	40	3315	7,15	80,66	12,19	
Textilindustrie	129	10384	13,28	62,96	38,76	
Bekleidung, Reinigung	21	2593	9,75	57,08	33,17	
Holzindustrie (Saw)	20	1884	32,13	56,20	11,58	
Holzindustrie	35	2291	18,51	31,73	49,70	
Metallfabriken	8	388	3,0	25,77	71,14	
Metallverarbeitung, gew.	65	5421	7,50	40,41	48,09	
Metallverarbeitung, feine	1	40			100,0	
Steine und Erden	58	5025	16,36	48,87	34,77	
Baumindustrie	429	35102	22,62	48,51	38,87	
Handel und Transport	87	10690	20,15	42,60	37,25	
Total	1073	60042	20,33	47,05	32,62	

Aus diesen Ziffern allein läßt sich die Stärke der Organisationen schon ablesen. Ein vollkommenes Bild würde sich erst ergeben, wenn auch die Bewegungen verzeichnet wären, die ohne Streiks beendet wurden, wie auch die Ausprägungen, zu denen die Unternehmer in den letzten Jahren häufiger gezeigten. Sind die Bewegungen, die ohne Streiks beendet wurden, auch im ganzen nicht sehr zahlreich und nur geringfügig im Vergleich zu den deutlichen Gewerkschaften, was sich aus der französischen Statistik und der Schwäche der Organisationen erfährt, so sind sie doch in einzelnen Industrien, z. B. im Buchdruckgewerbe, ziemlich bedeutend und nehmen in anderen Berufen ständig zu.

In 625 Streiks mit 62.557 Streikenden wurden Lohnherabsetzungen gefordert. Davon hatten vollen Erfolg 21,78 Proz., teilweisen Erfolg 51,34 Proz., und keinen Erfolg 26,99 Proz. der Streikenden. Arbeitszeitverlängerungen wurden gefordert in 150 Streiks mit 17.136 Streikenden. Davon hatten vollen Erfolg 41,18 Proz., teilweisen Erfolg 33,99 Prozent und keinen Erfolg 34,83 Proz. der Streikenden. Wie immer waren die Streiks mit moralischen Forderungen (Entlassung oder Wiedereinstellung von Vorarbeitern oder Arbeitern) sehr zahlreich. Sie umfaßten 281 Streiks mit 24.431 Beteiligten. Die durchschnittliche Streikdauer pro Kopf der Streikenden betrug 15 Tage. Als französischer Eigenart ist noch zu verzeichnen, daß 2 Produktivgenossenschaften infolge von Streiks gegründet wurden und in 8 Streiks „kommunistische Suppen“ funktionierten, d. h. daß, statt Gehaltsentziehungen auszugeben, gemeinsame Mahlzeiten organisiert wurden.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland im Monat Dezember 1909.

Der Beschäftigungszustand war im Monat Dezember für einige Großindustrien günstiger als im Vormonat und fast allenfalls besser als im gleichen Monat des Jahres 1908. Innerhalb machte sich in der zweiten Hälfte des Monats ein Rückgang der Beschäftigungsziffer bemerkbar. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat sich die Besserung der Lage fortgesetzt. Die vergrößerte Nachfrage der Industrie hielt an. Auch im Saarrevier und in Schlefien waren die Werke durchweg gut beschäftigt. Die Lage der Braunkohlenindustrie hat sich dagegen vielfach verschlechtert, was im wesentlichen auf den infolge des warmen Wetters geringeren Bedarf an Hausbrandkohle und Verteils zurückzuführen ist. Die Metallindustrie war im Berichtsmonat fast durchweg befriedigend beschäftigt. Die Berichte über die Kohleenerzeugung lassen erkennen, daß sie sich sowohl in Oberschlesien wie in West- und Süddeutschland durchaus in demselben Umfange gehalten hat, wie im November. Die dem Stahlwerksverband angehörenden Werke arbeiteten besser als im Vormonat; der Gesamtverband an Produkten A war höher. Ausreichend beschäftigt waren auch die Eisengießereien; teilweise, z. B. in Westdeutschland, war der Beschäftigungsgrad höher als im Vormonat. Im Maschinenbau hat sich die schon für den Vormonat zu verzeichnende Velebung teilweise fortgesetzt. Noch immer ungleichmäßig war der Beschäftigung in der Textilindustrie. Die Baumwollspinnereien in Schlefien, Süddeutschland und Elbsaß-Lothringen litzen noch immer unter sehr schlechter Beschäfti-

gung; dagegen hatten die jächlichen Spinnereien etwas besser zu tun als im Vormonat. Die übrigen Zweige der Industrie, wie die Wolllen-, Leinen-, Tuchindustrie, hatten vielfach Verbesserungen gegen den Vormonat aufzuweisen. Im Baugewerbe sind vielerorts Verschlechterungen eingetreten, die allerdings unter dem Einfluß der warmen Witterung weniger stark auftraten, als es im Winter für gewöhnlich der Fall ist. In der Bekleidungsindustrie ist der Beschäftigungsgrad im letzten Teil des Monats teilweise gesunken, während die Frühjahrsaufträge in anderen Zweigen vermehrte Beschäftigungsgelagen schufen. Günstig wirkt vielfach der im Jahre 1910 sehr frühzeitige Termin für das Osterfest. Die chemische Industrie, die Gummiindustrie, die Papierindustrie hatten trotz zu tun; nach Weihnachten machte sich das übliche Sinken der Beschäftigungsziffer bemerkbar. Für die Tabakindustrie brachte das Weihnachtsgeschäft eine vermehrte Tätigkeit, die jedoch nur vorübergehend war. Die Brauereien erzielten infolge der milden Witterung und der Festtage einen etwas erhöhten Absatz; jedoch wird die Lage in Berlin noch immer als ziemlich ungünstig bezeichnet. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Januar gegenüber dem 1. Dezember des Vorjahres eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen Kranken um 143.734, und zwar um 106.245 männliche und 35.489 weibliche, während am 1. November die Abnahme gegen den Vormonat nur 45.380 (54.625 männliche, + 9245 weibliche Personen betrug. Gegenüber dem 1. Januar 1909 war die Abnahme bei den männlichen Versicherten diesmal wesentlich geringer; sie betrug damals 177.243 Personen. Die Zahl der weiblichen Versicherten sank im Laufe des Dezember 1909 etwas stärker als im gleichen Monat des Vorjahres (35.489 gegen 24.767), wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß im November 1909 bei den weiblichen Personen ein Zuwachs eingetreten war, der gut doppelt so hoch war, als im November 1908. Die Arbeitslosenziffern der Nachverbände im vierten Bezirkejahr 1909 zeigen im ganzen eine recht wesentliche Verbesserung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sie betragen bei den gleichen Verbänden für Ende Oktober 2,0 Proz. gegen 2,9 Proz., für Ende November 2,1 Proz. gegen 3,2 Proz., für Ende Dezember 2,7 Proz. gegen 4,4 Proz. Die Berichte der Arbeitsnachweise lauten im Vergleich mit dem Vorjahre günstig; war lassen sie in dem gegen den Vormonat eingetretenen Rückgang der offenen Stellen ebenfalls eine Verminderung der Beschäftigung erkennen; jedoch war das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage befriedigender als im Dezember 1908. Für weibliche Arbeiter war daselbe auch hinsichtlich des November 1909 der Fall. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, kamen im Dezember auf 100 offene Stellen für männliche bezw. weibliche 260 bezw. 107 Nachfragen gegen 209 bezw. 120 im Vormonat und 330 bezw. 112 im Dezember 1908. Auf dem Berliner Arbeitsmarkt lautete die Lage nach Beendigung der Weihnachtstagen im allgemeinen wesentlich ab und stellte sich Ende Dezember ungünstiger als im Vorjahre. Im Regierungsbezirk Düsseldorf war fast ausnahmslos das der Jahreszeit entsprechende Absinken bemerkbar. Das Baugewerbe war noch gut beschäftigt. In Hesse, Hesse-Nassau und Waldeck brachte das Weihnachtsgeschäft zwar eine intensivere Beschäftigung der vorhandenen Arbeiter, aber wenige Neueinstellungen. Sehr gut beschäftigt waren die Leder- und die Schuhindustrie. Bei den übrigen Gewerben ließ die Beschäftigung nach. Die Lage auf dem Münchener Arbeitsmarkt war günstiger als im Vorjahre; die Zahl der Stellenbesetzungen war wesentlich höher. In Württemberg war der Beschäftigungsgrad ebenfalls günstiger als im Vorjahre. Dank der günstigen Witterung hatten Baugewerbe, Landwirtschaft, teilweise auch Metall- und Maschinenindustrie und die Bekleidungsindustrie gut zu tun. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Dezember 1909 um 15.067.704 M., höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehrerinnahme von 255 M., oder 10,72 Proz. auf 1 Kilometer.

Gau Berlin.

Bericht

über die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1909.

Recht bescheiden dürfte sich der vorliegende Bericht über die Entwicklung der Beschäftigung und über die entfaltete Tätigkeit im Gau bei der Gegenüberstellung mit denen der übrigen Gauleiter ausnehmen; aber nicht aus dem Grunde, weil der Gau selbst keine Entwicklungsgeschichte bietet, wie so oft schon ausgesprochen wurde, sondern lediglich weil es dem Gauleiter an der notwendigen Zeit mangelte, so eingutreffen, wie es gewöhnlich wäre.

Auf den ersten Blick schien es, als sei die Uebertragung der Gauleitung an die Berliner Verwaltung wirklich eine glückliche Lösung der Frage, weil so durch die Verschmelzung zwei angeleitete Kollegen zur Verfügung standen und die Annahme berechtigt erschien, daß eine durchgreifende Mitbearbeitung des Gauses möglich sei. Bei dieser Betrachtung war aber leider nicht berücksichtigt, daß die Grundlage der Portefeulter-Industrie die Heimarbeit bildet und daß einmal die Ergänzungen der Heimarbeit zu den schwerigsten Aufgaben gehört, daß es ferner ganz besondere Anforderungen bedarf, um mit all den einzelnen Heimarbeitern in ständiger Verbindung zu bleiben. Hinzu kommt weiter, daß in der Berliner Verwaltungsstelle alle Bränden unseres Berufes vertreten sind, so daß man wohl von einem „Industrieverband“ so kleinen sprechen kann. Eine derartige Vielseitigkeit stellt aber ziemliche Anforderungen an die Arbeitskraft der Leitung, und ganz naturgemäß müssen die Arbeiten die nebenher verrichtet werden sollen, darunter leiden. Den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern ist damit aber nicht gedient und auch den Zentralvorstand kann ein solcher Zustand nicht befriedigen. Eine Veränderung in der Berliner Verwaltung ist aber unumgänglich, deshalb kann die Konsequenz dieser Erkenntnis nur sein, daß eine anderweitige Regelung in der Gauleitung eintreten muß. Zugleich mit diesem Bericht stelle ich daher beim Zentralvorstand den Antrag, mich von der Gauleitung zu entbinden. Ich fühle mich verpflichtet, diesen Weg zu wählen, um zugleich den beteiligten Verwaltungsstellen die Aufgabe meines Antrages bekanntzugeben, aber auch deshalb, weil die letzte Generalversammlung die letzte Regelung beschloß und ich zu der Erkenntnis gekommen bin, daß dieser Beschluß für die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Eine ähnliche Veränderung liegt jedenfalls im Interesse der gesamten Organisation.

Doch nun zum eigentlichen Bericht.
 Ein Anfang September war es der Gauleitung möglich, die Geschäfte aufzunehmen. Gleich hatten wir uns mit der allgemeinen Agitation zu beschäftigen, die vom Zentralvorstand geplant war. Da uns die Verhältnisse im Gau noch zu wenig bekannt waren, nahmen wir Abstand, an solchen Orten Versammlungen zu arrangieren, wo wir noch keinerlei Verbindung hatten, sondern beschränkten uns darauf, zunächst unsere Verwaltungsstelle zu verständigen. Eine Ausnahme machte nur Starogard in Rumänien. Der Kollege Vappon-Stettin hatte es übernommen, dort die Vorarbeiten für eine gemeinsame Besprechung zu treffen, zu welchem Zweck ihm Einladungszeitel und zwei verschiedene Flugblätter von der Gauleitung zur Verfügung gestellt waren. Die Besprechung selbst wurde mit vollem Erfolg vom Kollegen Altm in Gemeinschaft mit dem Kollegen Vappon abgehalten. 10 Kollegen erklärten sofort ihren Beitritt zur Organisation, so daß gleich eine Zahlstelle dort eingerichtet werden konnte. Zwei Kollegen haben sich später noch der Organisation angeschlossen. Der Geist unter den Kollegen scheint ein guter zu sein, weshalb wohl angenommen werden kann, daß die Verwaltung von Bestand sein wird. Im Frühjahr, bei günstiger Arbeitsgelegenheit, wird der Zusammenfluß auch Vorteile für die dortigen Kollegen zeitigen.

Die Stettiner Versammlung wurde ebenfalls vom Kollegen Altm abgehalten. Die Verwaltung dieser Filiale ist außerordentlich rührig, weshalb auch hier ein Fortschritt in der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Die nicht allzu günstige Konjunktur hinderte leider bisher die Kollegen, ernstliche Schritte zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unternehmen, obwohl die Verhältnisse (15 Mk. bei elfstündiger Arbeitszeit) ganz gebieterisch Abhilfe erheischen. Viel Mühe verwenden die Kollegen, um durch Arbeitsvermittlung immer wieder Einfluß in den einzelnen Werkstellen zu gewinnen.

Die Verwaltungsstellen Potsdam, Brandenburg und Rathenow wurden vom Gauleiter selbst besucht, während Stendal den Besuch auferte, daß für diesmal von einer Versammlung abgesehen werden möge.

In Potsdam läßt der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig. Den Stamm der Verwaltungsstelle bilden die im Betriebe von Voigt und in der Wagenfabrik von Zimmermann beschäftigten Kollegen. Die Agitation unter den bei den Kleinmeister arbeitenden Kollegen ist außerordentlich schwierig. In der Fabrik für Kläse und wasserdichte Decken von Halemeyer gelang es den Kollegen, durch geschicktes Vorgehen die Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden täglich zu erreichen. Von den vier dort beschäftigten Kollegen gehörten drei unserer Organisation an. Der Mitgliederbestand der Verwaltungsstelle ist leider etwas zurückgegangen.

In Brandenburg sind keinerlei Veränderungen bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten. Das Organisationsverhältnis muß als

gutes bezeichnet werden, denn eine weitere Ausbreitungsmöglichkeit besteht für uns so gut wie gar nicht. Die Mehrzahl unserer Mitglieder arbeitet in der Reichertsdorfer Fabrik. Aber auch den Prandolurger Kollegen kann der Vorwurf nicht erpart werden, daß der Veranlassungsgrund besser sein dürfte.

Zu Rathenow wird die Verwaltung von einem kleinen Häuflein neuer Kollegen aufrecht erhalten. Im Winter ist nur sehr wenig Arbeitsgelegenheit am Ort, so daß die im Frühjahr zurückkehrenden Kollegen im Herbst immer wieder gezwungen sind, wegzuziehen. Daraus ergibt sich der Zustand, daß der Mitgliederbestand regelmäßig im Sommer ansteigt, aber ebenso regelmäßig im Winter wieder zurückgeht. Sehr gut arbeitet unsere Verwaltung mit den Pächtern zusammen, indem beide Berufsgruppen ihre Veranlassungen gegenseitig unterstützen.

In Kuniterswalde sind neun Kollegen beschäftigt, von denen acht unserer Organisation angehören. Fünf Kollegen haben Kost und Logis beim Meister, bei einem Lohn von 6,50 bis 8 Mk. wöchentlich. Die übrigen anzutreffenden Lebensstände des Kost- und Logisweizens, schädliches Essen und überlange Arbeitszeit (7,5 bis 8 Stunden wöchentlich) sind auch hier zu Hause. Seit dem 1. Januar d. J. gehört diese Verwaltungsstelle zum Gau Leipzig. Unleider gelang es unter Wirksamkeit des Kollegen Buch, zum Frühjahr auch diesen Kollegen etwas bessere Verhältnisse zu schaffen.

Als letzter Ort, in dem eine Zahlstelle unterhalten wird, käme Jossen in Frage. Sieben Mitglieder zählte die Zahlstelle am Jahresabschluss, die wohl alle in der Werkstatt der „Internationalen Schlaraffenfabrik“ beschäftigt sind. Der Durchschnittslohn beträgt 44 Pf. bei elfstündiger Arbeitszeit.

In den letzten Monaten des Jahres nicht besonders wirksam für die Agitation in der Provinz ausgenutzt werden können, so war es das Schreiben der Gauleitung, während dieser Zeit durch schriftlichen Verkehr neue Verbindungen mit verschiedenen Orten und Städten zu bekommen. Unter Zustimmung des Adreßbuchs für Gewerbetreibende ermittelt wir im Bezirk der Niederlausitz und angrenzender Gebietsteile in 25 Orten 181 Gewerbetreibende unseres Berufes. Um festzustellen, wer von diesen Gehilfen beschäftigt, richteten wir an sämtliche Adressen verschlossene 10 Pf.-Briefe, denen wir ein Handzettel und ein Flugblatt einlegten.

Leider machten wir die Erfahrung, daß diese Adreßbücher auch nur ein sehr unvollkommenes Hilfsmittel bilden, denn ein ganz Teil der Briefe kamen mit dem Vermerk retour: Empfänger verstorben oder Empfänger bezogen und auch nicht ermittelt, trotzdem wir ein ganz neues Adreßbuch benutzt hatten. Insgesamt kamen rund 50 Briefe wieder zurück, so daß man annehmen darf, daß doch mindestens 100 in die Hände der Adressaten gelangt sind. Aber auch von diesen erhielten wir nur drei Antworten zurück, und zwar zeigten uns 2 Kollegen mit, daß sie bereits dem Tapeziererverbande angehören, während ein Kollege sich ausrechnen ließ, um allerdings sofort abzureisen.

Also auch dieses Vorgehen brachte uns keinen besonderen Erfolg, aber die Erkenntnis, daß gerade in jenem Bezirk eine ganze Anzahl von Sattlern anzutreffen sind. Daß hier tatkräftig eingegriffen werden muß, bedarf wohl keiner Betonung. Dem jetzigen Gauleiter mangelt es aber leider an der so notwendigen Zeit. Hoffentlich gelingt es dem Zentralvorstand, durch eine anderweitige Regelung diesen Mangel zu beseitigen. E. Schulze.

Eingefandt.

In der vorigen Nummer unserer Zeitung glaubt Kollege Drechsel die Tatsache abstrahieren zu können, daß er mich ohne jede Information verlassen hat. Demgegenüber möchte ich ihm folgendes ins Gedächtnis zurückrufen. Als ich bei der Uebernahme in meiner Wohnung auf den einen Besitzer (der andere war verreist) über eine Stunde warten mußte, sagte ich zu ihm, daß er mich während dieser Zeit über die Verhältnisse im Gau informieren möchte. Darauf erhielt ich zur Antwort, daß da nichts zu informieren sei. Wenn D. gewollt hätte, so konnte er mir bei dieser Gelegenheit sehr viel sagen. Er wollte aber nicht, und wenn ich damit einmal abgewiesen bin, komme ich zum zweitenmal nicht wieder. Ob die Besitzer die Bescheidenheit des Gauses ebenso gut kannten wie D., möchte ich bezweifeln.

Eine Anempfehlung der Ortsverwaltung Hamburg hat mir absolut setzungen. Daß das frühere Verhältnis aber nicht das beste war, hat D. selbst in einem Briefe allennähig festgelegt. Damit ist die Sache für mich erledigt und ich hoffe, daß das Zusammenarbeiten der Ortsverwaltung mit der Gauleitung dadurch nicht leiden wird. E. Guldner.

Wie kann eine regelmäßige Einkassierung der Verbandsbeiträge unter den Berliner Heimarbeitern ermöglicht werden?

Die Frage: „Wie ist die Kluttation der Gewerkschaftsmittelglieder zu beheben?“ hat schon mancher Verbandsleitung Kopfzerbrechen verursacht. Wohl führte die Behandlung dieser Frage zu manchen Vorschlägen und Vornehmungen. Doch würde es eine Verkennung der Tatsachen bedeuten, wollte man behaupten, durch Einführung des Hauskassierensystems, der Werkstattkassierung und der Errichtung von Zahlstellen in Wirtschaften sei die Frage des regelmäßigen Beitragskassierens völlig gelöst. Gibt es doch Orte, und in diesen einen nennenswerten Prozentsatz Kollegen und Verbandsmitglieder, für die obengenannte Einrichtungen verschiedener Umstände halber nicht in Betracht kommen. Gemeint sind in erster Linie die Heimarbeiter der Berliner Portefeulter-Industrie, die nicht nur weitläufig verstreut und meistens 4 Treppen hoch in Berlin wohnen, sondern sich auch auf unzählige Vororte verteilen. In vielen Fällen benötigt die Verbindung der Arbeitsstelle des Heimarbeiters mit der Arbeitsausgabestelle einen 4-Stündigen Weg, wozu noch die Ausgaben für Eisenbahn usw. kommen.

Trotzdem kein Mittel unversucht gelassen wird, aufbelebte Werkstattversammlungen zu erzielen, erachtet dieser Umstand das Zustandekommen derselben. Es müssen schon ganz außerordentlich gute Ergebnisse eintreten, beispielsweise Ausrückung der Affordilone für den Lohnarrif usw. usw., um die heimatverlassenen Kollegenhaft an ihre Pflichten zu erinnern. Da dies aber nur zwei- bis dreimal im Jahre vorkommt, bietet sich den Gewerkschaftsagitatoren auch nicht häufiger die Gelegenheit, auf die Kollegen einzuwirken. Dazu kommt, daß der Wechsel der Arbeitsstelle sehr groß ist, man also auch bei dem günstigsten Erfolge in jeder so zusammengesetzten Sitzung stets neue Gesichter zu sehen bekommt. So weit um Unorganisierte anwesend sind, lassen sie sich im Verbandsaufnahmen selten in ein Gequere des Verbandes oder seiner Verordnungen angutreffen. Was nun?

Eine Anzahl Mitglieder ist neu gewonnen, die Mitgliedskarte wird ihnen zugesandt und damit ist mehrheitlich alles geschehen, was nach Ansicht einzelner einflussreicher Kräfte geschehen konnte. Ich bin nicht der Meinung und werde mit weiter unten Vorschläge zu machen erlauben, die, wenn sie realisiert werden, dazu angetan sind, dem Verbands die Mitglieder zu erhalten und nach und nach im Sinne der modernen Arbeiterbewegung zu erziehen.

Wo die Heimarbeiter nicht allzusehr voneinander entfernt wohnen und wo sich arbeitsfreie Kollegen, wie in Adlershof und Niedersorf, zur Einkassierung der Beiträge und Ausbändigung des Verbandsorgans zur Verfügung stellen, da können wir genau so mit einem feinen Mitgliederhande wie im Offenbacher Gebiete rechnen. Ganz anders und viel ungünstiger liegen die Verhältnisse im großen Berlin mit seinen fünfständigen Wohnhäusern und in den Vororten. Es ist eben unmöglich, einen Erheber nach Neu-Zittau zu entsenden, was, nebenbei bemerkt, ein Gehalt von 1,20—1,40 Mk. und einen halben Tag Zeitverdienst kosten würde, um dort von einem Mitglied den Beitrag zu erheben. Das Mitglied selbst liefert durch einen Boten nach Berlin die fertige Arbeit, dazu kommt, daß eine eventuell veräuserte Wohnverbindung die Heimkunft um einen halben Tag verzögert. Es ist also vorher schon alles genau berechnet und ein Umweg zum Ortsverwaltungsbureau, um dort die fälligen Beiträge abzuladen, oft nicht möglich. Der Kollege bekommt keine Fachzeitung, es besteht keine metallene Verbindung mit dem Verbands. Wenn dann nach 8 oder 10 Wochen die Mahnung kommt, dann wird der schuldige Betrag als unermesslich hoch bezeichnet, nicht bezahlt und in der nächsten Werktribunalsitzung, d. h. wenn der Betreffende da ist, die Aufnahme von neuem vollzogen. Der angezogene Fall von Neu-Zittau ist nur ein Beispiel und kommt für das Berliner Gebiet in mehreren hundert Fällen vor. Niemand wird behaupten wollen, dies sei ein Idealzustand und für die Organisation, wie für den betreffenden Kollegen zuträglich. Im Gegenteil. Wenn nicht bald dies arges Verhältnis behoben wird, steht zu befürchten, daß beide Teile, Verband wie Kollegenhaft, schwer darunter zu leiden haben werden. Da nun, wie oben bemerkt, das Hauskassierensystem zu teuer, das Werkstattkassieren unmöglich ist, müssen andere Wege eingeschlagen werden, um zum Ziele zu gelangen. Vor allen Dingen müssen Mittel flüssig gemacht werden, um das Verbandsorgan den Heimarbeitern regelmäßig per Post zuzufinden, für die die Hauskassierung nicht in Betracht kommen kann und die der Entfernung wegen nicht ins Bureau kommen können, um zu zahlen. Die Ausgaben hierfür sind

durch das Mittel der Postüberweisung gering und hätten sich pro Exemplar auf einen Betrag stellen. Allerdings wird eine besondere Kennzeichnung dieser Beitragsbeiträge notwendig sein. Mandatens alle vier Wochen muß nachgegeben werden, wie weit die Beitragsleistung erfolgt ist. Sind mehr als 4 Beitragsrückstände zu verzeichnen, so ist eine Mahnung mit gleichzeitiger Verlegung eines adreßierten Kontrahentenformulars zuzuschicken. Dieses und die fründliche Zusendung des Nachorgans halt das Interesse für den Verband reger und begünstigt die Beitragsleistung. Denn so weit meine Erfahrungen reichen, ist wirklich nicht so häufig böser Wille an der nur scheinbaren Intransigenz schuld, sondern lediglich die mit der Beitragsleistung verbundene Unmöglichkeit. Aus dieser Überzeugung heraus bin ich noch auf einen anderen Gedanken gekommen, der bei einem Teil der Leser ein Lächeln auslösen wird, bei einem anderen, und zwar bei dem interessierten Teil, begrüßt werden dürfte. Ich meine, die Vertragsüberlegung, die sich an das von manchen Kommünen bereits eingeführte Hauspostkastensystem anlehnt.

Jahreskonten die Sache folgendermaßen:
 Vom Verbands werden den Mitgliedern geschmackvoll aus hartem Metall angefertigte Geldbehälter in Form eines Hauses oder dergleichen leihweise überlassen. Eine daran angebrachte Vorrichtung zur Aufbewahrung des Mitgliedsbuches ist leihweises zweckmäßig. Alle Häuser lassen sich nur durch einen Schlüssel öffnen, der im Gewahrsam des Funktionärs verbleibt. Die Häuser, die Mitglieder könnten die Behälter beschädigen, ist durchaus nicht beangstigend. Auch ohne jede Rechtsbehauptung wissen diese Mitglieder, daß ihnen ein Eigentumsrecht auf diese Sparkästen nicht zuteil und jede gewalttätige Beschädigung unter das Delikt der Sachbeschädigung fällt.

Das Mitglied wird allmählich den fälligen Beitrag in diese „Sparkasse“. In einem Zeitraum von 4-6 Wochen wird dieselbe durch den Beauftragten des Verbandes geleert und für den Inhalt eine entsprechende Anzahl Beitragsmarken in das Mitgliedsbuch resp. Karte gesteckt. Mitglieder, die so entfernt wohnen, daß die Entsendung des Erhebbers sich nicht lohnen würde, können bei Gelegenheit die „Sparkasse“ auf das Verbandsbureau bringen, wo sie dann entleert wird. Auf diese Weise hält das Mitglied seine Verbandszugehörigkeit aufrecht, braucht nicht auf einmal einen so großen Betrag von seinem Verdienste abzulösen und der Verband wird in die angenehme Lage versetzt, allen Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber nachzukommen zu können. Nach diesen Darlegungen ist der Vorschlag nicht von der Hand zu weisen und verdient von den in Betracht kommenden Faktoren in Erwägung gezogen zu werden. Auch wäre es gut, wenn die heimarbeitende Kollegenchaft sich zu diesem Plane äußern würde. Denn wie bei allen Neueinrichtungen wird es auch hier Kämpfer und Befürworter dieses Vorschlags geben. Von der ersteren Gattung mehr, weil die Zahl der auf diese Art „sparenden“ Kollegen verhältnismäßig gering ist. Jedoch kommen allein für Berlin und Umgebung circa 500-600 Kollegen in Betracht; eine Anzahl, die durchaus beachtenswert ist, und, wenn wir nicht alles daran setzen, sie an uns zu ziehen, uns gegebenenfalls schwer zu schaffen machen kann und wird.

Ich sehe davon ab, diese meine Vorschläge noch weiter zu begründen. Ich will damit warten, bis darüber eine Diskussion in unserem Nachorgane entsteht. Werden bessere, sich leichter zu demerkende Vorschläge gemacht, so würde ich dieselben mit Freuden begrüßen und der Zweck dieses Artikels wäre erreicht. H. W.

Streiks und Lohnbewegungen.

Leipzig. Am 3. Februar fand im Restaurant „Korngewölbe“ eine öffentliche Wagenfahrlerversammlung statt, welche sich mit folgender Tagesordnung befaßte: 1. Stellungnahme zu der bevorstehenden Lohnbewegung in den Wagenfabriken Leipzigs. 2. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Berger kurzen Bericht über sämtliche Forderungen, die den Unternehmern der Wagenbranche vorgelegt werden sollen. Am wurde jeder Passus einzeln durchgenommen, wobei es bei einigen Punkten zu Meinungsverschiedenheiten kam, welche aber nebenhächlicher Natur waren. Es werden im ganzen zehn Forderungen vorgebracht, von denen neun einstimmig angenommen und ein Passus gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde. Unter Verschiedenes“ führte Kollege Berger aus, daß nur durch Geschlossenheit und Einigkeit der Gehilfen es zu einem Siege kommen kann. Damit wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. Aufgenommen wurde ein Kollege.

Die Militärattler Berlins beschäftigten sich in einer sehr gut besuchten außerordentlichen Versammlung mit der Tagesordnung: Das Verhalten

der Fabrikanten zu unseren Forderungen und unsere weitere Stellungnahme. Kollege Medel erstattete Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung. Zu der von den Gehilfen einberufenen gemeinsamen Sitzung waren die Fabrikanten nicht erschienen. Die am Tage der Sitzung einlaufenden Antworten waren verschiedener Art. Herr Vachhaus motivierte sehr ausführlich z. B. damit, daß er keine derartige Arbeit hätte und auch nicht wüßte, was er bei der Vergütung bekäme. Die anderen Antworten waren auch nichtssagend und erweckten alle den Eindruck, die Tarifangelegenheit zu verschleiern. Die Kollegen, welche nun laut Beschluß in den Werkstätten vorstellig wurden, erhielten zur Antwort, daß das Kriegsministerium diesmal bei Vergütung der Effekten die Preise so gedrückt habe, daß es nun möglich wäre, die Forderungen zu bewilligen. Ende vergangener Woche bekamen die Werkstattkommissionen der Firmen von Zöhne, Vachhaus und Cobou ein geschlankendes Schreiben, worin mitgeteilt wurde, daß die drei Firmen sämtliche Fabrikanten Berlins zu einer Sitzung zu Dienstag einladen wollen, in der Stellung zu den Forderungen genommen werden soll. Darin, daß sich die Fabrikanten dabei dünkten, mit der Tarifkommission zu verhandeln, kann nur eine beschränkte Berücksichtigung der Angelegenheit erblickt werden. Neben in der Ansicht, daß die Fabrikanten ganz genau wissen, daß ein Tarif nur mit der Organisation abgeschlossen werden kann, da diese doch nur für die Einhaltung des Tarifes Sorge tragen kann. Die Firmen sind es und Wiedererwahn haben den Tarif bewilligt, nur in dem Masse, welcher die Schlichtungskommission betrifft, werden die Worte, welche den Entscheid des unparteiischen Gewerberichters als endgültig bezeichnen, geschrieben. Im Auftrage der Tarifkommission empfiehlt Medel der Versammlung, daß die Werkstattkommissionen von den Fabrikanten am Montag die Zulieferung verlangen, am Dienstag in der Fabrikanten Sitzung dafür einzutreten, daß noch im Laufe der nächsten Woche mit der Tarifkommission gemeinsam verhandelt wird. Von den Antworten der Herren wird es dann abhängen, welche weiteren Schritte unternommen werden. In der Diskussion äußerten sich die meisten Neben in dem Sinne des Referenten, und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 12. Februar tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Militärattlerattler Berlins nimmt mit Entzückung Kenntnis von dem absehbenden Verhalten der Herren Arbeitgeber, mit der Tarifkommission zu verhandeln. Sie erblickt darin nur eine beschränkte Berücksichtigung der Tarifangelegenheit und beschließt daher, daß am Montag in sämtlichen Werkstätten, in denen der Tarif nicht anerkannt ist, die Werkstattkommissionen vorstellig zu werden, um vom Arbeitgeber eine Erklärung zu verlangen, ob derselbe in der am Dienstag stattfindenden Sitzung der Fabrikanten dafür eintreten will, daß die noch schwebenden Differenzen mit der Tarifkommission im Laufe der nächsten Woche geregelt werden sollen. Die Versammelten ermahnen die Tarifkommission, bei eventueller Ablehnung dieses Verlangens sofort zweckentsprechende Maßnahmen mit den in Frage kommenden Kollegen der betreffenden Betriebe zu ergreifen.“

Aus unserem Beruf.

Der Jahresbericht der Verwaltungskette Frankfurt a. M. Ein Zeichen von Fleiß und Ehrlichkeit ist es stets, wenn große Verwaltungsketten, die nicht über freigelegte Kräfte verfügen, am Jahresabschluss die Ergebnisse der Organisationsarbeit zu Papier bringen und ihren Mitgliedern übergeben. Wie im Vorjahre, so hat auch in diesem Jahre die Ortsverwaltung Frankfurt, wie auch die dortige Agitationskommission ihren schriftlichen Jahresbericht vervielfältigt und an die Mitglieder verteilt, die diesen Bericht sicher mit großem Nutzen lesen werden. Der Bericht zeigt so recht, welche Ansumme von Kleinarbeiten von solcher örtlichen Verwaltung im Jahre geleistet werden muß, um am Schlusse mit gutem Gewissen vor die Mitglieder treten und zeigen zu können: Seht, das haben wir erreicht! Das sind die Früchte unserer Bemühungen! Und sie könnten zufrieden sein die Frankfurter Kollegen, wenn es bei unserer Sache überhaupt zulässig wäre, zufrieden zu sein. Hat sich doch die durchschnittliche Mitgliederzahl des Verbandes der Sattler von 59 im Jahre 1900 auf 156 in diesem Jahre gehiebert und ist jetzt weiter im Steigen begriffen, nachdem die Kräfte in der Hauptsache überwunden zu sein scheint, so daß Aussicht besteht, die bisher höchste Mitgliederzahl, 182 im Jahre 1907, bald zu erreichen und zu übersteigen. Der Verband der Portefeuller hiegt von 116 Mitgliedern im Jahre 1902 auf 134 am 1. Juli 1909, auch dieser hatte im Jahre 1907 seine höchste Mitgliederziffer, nämlich 170, zu verzeichnen.

Bei der Verschmelzung am 1. Juli hatten beide Verbände zusammen 233 Mitglieder, am Jahresabschluss hingegen bereits 363 zu verzeichnen. Also mon nicht, es geht wieder vorwärts!

Daß in der Metropole am Rhein auch ziemlich befriedigende Beitragszahlung herrscht, scheint die Tatsache zu beweisen, daß insgesamt nur 342 Meinungen, also durchschnittlich entfällt auf jedes Mitglied keine volle Woche, zu verzeichnen sind. Wir würden die Beitragszahlung eine gute nennen, wenn die Angabe (62 Meinungen) im Jahresberichte nicht auf einem Irrtum beruhte.

An Beitragsmarken wurden 15721 umgesetzt. Einnahme und Ausgabe balancieren mit 4185,10 Mark im Halbjahr Juli-Oktober. Die Postkasse hat den anscheinlichen Bestand von 250,57 Mk. zu verzeichnen, der zum größten Teil anderweitig aber wiederum im Interesse der Arbeiterbewegung angelegt ist. Interessant ist auch die Statistik über die Dauer der Zugehörigkeit der einzelnen Mitglieder zur Organisation. 2 Mitglieder sind bereits 19 Jahre, 2 weitere 14 Jahre Mitglieder der Organisation. 38 Mitglieder sind 10 Jahre und darüber, 106 länger als 5, 206 länger als 3 Jahre, und nur 50 unter einem Jahre Mitglieder der Organisation.

Aus dem Bericht der Agitationskommission ist gut zu ersehen, was in den vielen Sitzungen und Versammlungen an Arbeit und Ausdauer geleistet wurde. Werte, die sich nicht nach Mark und Pfennigen berechnen lassen. Überall und immer war sie auf dem Platze, wenn es galt, einen Vorstoß gegen die Interzessionen zu führen oder Angriffe dieser zurückzuweisen. Alles in allem ein überzeugendes Bild eifriger Tätigkeit.

Aus Industrie und Handel.

H. W. Deutschlands Ausfuhr in Sattler- und Tischlerwaren, sowie andere nicht besonders genannte Lederwaren, ist im Jahre 1909 der Menge nach um 6146 Doppelzentner und dem Werte nach um 761000 Mk. gegen das Vorjahr gestiegen.

	Gesamtanfuhr Doppelzentner	Gesamtwert Mark
1908	43 858	34 982 000
1909	49 999	35 743 000

Großbritannien steht mit seiner Einfuhrziffer immer noch an erster Stelle mit 36 Proz. aller zur Ausfuhr kommenden Sattler- und Lederwarenartikel. Im zweiten Abstand und zwar mit 5 1/2 Prozent kommt die Schweiz, dann Italien, die Niederlande und Oesterreich. Verhältnismäßig gering ist die Ausfuhr nach Frankreich, Griechenland, Norwegen, Portugal, Rumänien, Spanien, Ägypten und Südamerika. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die noch vor 15 Jahren zu den Hauptabnehmern gehörten, führen heute kaum 2 Proz., also den 18. Teil wie England ein. Auch nach Rußland und Dänemark geht die Ausfuhr von Jahr zu Jahr zurück.

Korrespondenzen.

Braunschweig. (E. S. 2.) In der letzten Mitgliederversammlung beschäftigten wir uns mit dem Beschluß des Hauptvorstandes und der Leiter betr. Gründung einer Lehrlingsabteilung. Mit diesem Beschluß waren die Mitglieder nicht einverstanden, und zwar aus folgenden Gründen. (Anm. d. Red.: Auch wenn man mit irgendeinem Beschluß nicht einverstanden ist, so ist es doch demokratisch die Pflicht, ihn zu befolgen.) Wie bekannt, bestehen doch in den größeren Städten Bildungsausschüsse, von denen Jugendabteilungen bereits ins Leben gerufen worden sind, und wir halten es für unsere Pflicht, die Lehrlinge denen zuzuführen. Es ist doch auch klar, daß in diesen umfassenden großen Vereinigungen den Lehrlingen in jeder Beziehung mehr geboten (?) wird, als bei uns, zumal doch dort auch ganz andere Kräfte zur Verfügung stehen. Und daß die Lehrlinge in beiden Abteilungen organisiert sein sollen, ist kaum zu verlangen; denn der Lehrling verdient nichts, und die Eltern, die selber schwer zu kämpfen haben, müssen doch alles bezahlen. Den einzigen Grund, den man für unsere Jugendabteilung anführen könnte, sei die Erlangung von Fachkenntnissen. Die Kollegen wären aber der Meinung, diese ließen sich den Lehrlingen in der Werkstatt besser beibringen, als durch theoretische Vorträge. Was das Wort anbelangt, „Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft“, so waren die Versammelten der Meinung, daß wir die Lehrlinge, für die unsere Abteilung in Frage kommt, auch als Gehilfen für unsern Verband gewinnen, und gerade da, wo die meisten Lehrlinge sind, haben wir ja gar keinen Einfluß. Auch war man der Ansicht, daß wir bei den geringen Beiträgen und den hohen Unterstüßungen finanziell zu sehr belastet würden; schließlich muß nachher wegen der Mehrarbeit im Hauptvorstand auch noch

ein Beamter angestellt werden. Aus diesen Gründen lehnen wir es ab, eine Abteilung zu gründen, wir wollen erst die Gehilfen organisieren.

Regnis. (S. 9. 2.) Versammlung vom 5. Februar 1910. Die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung nahm zunächst einen Vortrag des Gauleiters Kollegen Partsch über „Der Wert und die Bedeutung der Tarifverträge“ entgegen. Mit schlichtem Interesse lauschten die anwesenden Kollegen, unter denen sich auch einige Lazaretter befanden, dem zifra- und bildlichen Referat des Gauleiters und es gelang demselben, die Kollegen in leicht fasslicher Weise über den Wert der Tarifverträge zu informieren sowie auch darüber zu unterrichten, von wem diese hohe Bedeutung es ist, daß der Tarifvertrag von einer modernen Gewerkschaft abgeschlossen und was noch wichtiger ist, auch die Innehaltung desselben überwacht wird. Es schloß sich eine rege Diskussion an diesen Vortrag und legte der Gauleiter den Kollegen ans Herz, in der Weise einer Tarifbewegung vorzugehen, daß wir uns in erster Linie daran machen, auch die Hilfsarbeiter zu organisieren; denn von letzteren kommen hier noch sehr viele in Betracht. Dierauf wurde der Kartellbericht gegeben und war u. a. daraus zu ersehen, daß die dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften im letzten Jahre in der Mitgliederzahl zugenommen haben; auch die Zahl der „Volkswacht“-Leiter und Wahlvereinsmitglieder ist hier geliegen. Unter „Verschiedenes“ wurde der Wunsch laut, doch einen kleinen Schrank zur Aufbewahrung der Bibliothek sowie der anderen Heftchen anzuanschaffen, damit der Vorleser nicht immer die ganze Bibliothek in die Versammlung mitschleppen muß. Nachdem noch ein Vorklang in die Jugendabteilung aufgenommen worden war, wurde die Versammlung geschlossen. Anlässlich der Anwesenheit des Gauleiters wurde eine rege Hausagitation vorgenommen, und es gelang Kollegen Partsch bei letzterer, zwei Neuaufnahmen zu machen. Leider war, wie bei seinem früheren Hiersein, die Zeit eine zu kurze, um alle die Kollegen aufzusuchen, die von uns am Erie schon oft vergeblich bearbeitet wurden, und hoffen wir, daß Gauleiter Kollege Partsch einmal um mindestens acht Tage nach hier kommt, denn so ein paar Stunden sind schnell weg, hauptsächlich, wenn der eine eine halbe Stunde entfernt vom andern wohnt. Die Liegnitzer Kollegen seien an dieser Stelle noch einmal ermahnt, ihre ganze Kraft in die Agitation für den Verband zu legen, damit, wenn der Gauleiter wieder nach hier kommt, ganz bedeutend vorgerückt ist.

Leipzig. (S. 11. 2.) 1. Bericht über den Streik bei Heine. 2. Volksbankangelegenheiten. 3. Verschiedenes. So lautete die Tagesordnung unserer am 4. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung. Die beiden letzten Punkte kamen jedoch nicht zur Besprechung, da der erste Punkt nur durch Schlußantrag erledigt wurde. Auf den Bericht über die Verhandlung des Streiks bei A. Heine, Leipzig-Gohlis, Lederwarenfabrik, folgte eine Kritik, die an Schärfe und Gründlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Vor allem anderen wurde von den Leipziger Kollegen die vornehme Beendigung des Streiks kritisiert, da man einer günstigen Konjunktur entgegenging, und daß man den Streik beendigte, ohne vorher die Mitglieder oder den Gesamtvorstand hinzuzuziehen, sondern einfach an das Unterhandeln gegangen sei und hierbei Zugeständnisse gemacht worden sind, die im Anfang von Seiten der Firma gar nicht verlangt waren. Dadurch haben wir eine Niederlage erlitten, über die alle schönen Reden nicht hinweghelfen. Von den Streitenden hat jeder seinen Mann im Kampfe voll und ganz gestellt, und der Gauleiter Wunsch hat seine Pflicht so erfüllt, daß er sehr gut als Beispiel für einen andern gelten kann. Besonders Interesse verdient das Verhalten des Sattlermeisters Amöbel, Leipzig, Eisenbahnstraße, der für die Firma Heine Streitarbeit verrichtete. Dieser war absolut nicht zu bewegen, die Arbeit für Heine einzustellen. Er habe Schulden, und wenn er nicht zahlen könnte, würde ihm das Geschäft zugemacht, sagte er und wies unsere Unterhandlungen ab. Dieser Fall kann als Warnung dienen für diejenigen Kollegen, welche denken, als Meister sei für sie die soziale Frage gelöst. Es gibt eben Mitstreitenden, mit denen viele Sattlergesellen nicht tauschen. Dieser Meister sagte noch, jetzt kann ich schon in Halle den Arbeitswilligen gemacht und er werde es weiterhin tun. Also einer von den ganz Müßigen. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm! Ganz besonders beurteilt wurde, daß der Kollege Weinshild sein Unterhandeln nicht vor dem Forum der Versammlung verantwortete, sondern schleunigst wieder nach Berlin gefahren sei. Einem Pedner, der dafür keinen parlamentarischen Ausdruck fand, wurde zugerufen, daß man solches Verhalten „Aneiten“ nenne. So ist denn ein Streik verloren worden, der vom allerhöchsten proletarischen

Zitlichkeitsgefühl, dem Solidaritätsgefühl, diktiert war und ausgefochten wurde von einer Kampferfähigen, die durch diese Niederlage sich absolut nicht geknickt fühlt, die nur den Wunsch hat, die Scharte wieder auszuweichen. Der Heine wird seines „Sieges“ nicht froh werden, bald kehren wir reißiger wieder. Einmütig beschloß die Versammlung, beim Zentralvorstand zu beantragen, den Kollegen Müller aus Freiberg, der nach Leipzig gekommen ist, trotzdem ihm gesagt worden war, daß hier gearbeitet wird, und sich als Streikbrecher angeht, entpuppe, aus dem Verband auszuschließen. Müller war in der Versammlung anwesend und verweigerte nicht, die gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen zu widerlegen.

Offenbach. (S. 14. 2.) Am Montag, den 7. Februar, fand im „Rohrenschänkele“ die 21. Brandenburger Versammlung der Anschlagler statt, welche leider nur von 20 Kollegen besucht war. Kollege Erth als Brandenbleiter demängelte den schlichten Beweis, der wohl auch auf den unglücklichen Zeitpunkt zurückzuführen ist. Es wurde zunächst zur Wahl der Richter zur Brandenleitung geschritten. Der Vorschlag der Versammlung, außer dem Brandenbleiter noch je einen Kollegen der Reichsartikelfabrike sowie der Meintaschenfabrike zu wählen, außerdem den Kollegen Schulz als Lokalbeamten für die Anschlagler hinzuzuziehen, fand Zustimmung, und wurden gewählt die Kollegen Stothke und Kauflein. Somit besteht die Brandenleitung aus 4 Personen. Nach Feststellung der Kollegen von den einzelnen Firmen, sowie nachdem verschiedentlich der Wunsch geäußert wurde, in eine energische Agitation für die Brandenversammlungen einzutreten, wurde vom Kollegen Schulz die Lehrlingsorganisation angesprochen und betont, daß es Pflicht aller Kollegen sei, die jungen Leute unserem Verbande zuzuführen; der Ausbildung unseres Nachwuchses müßte die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Von der Handwerkskammer in Kassel werde das Anschlagler als Gewerbe nicht anerkannt, trotzdem dulde sie, daß beispielsweise in Fachsenheim 73 Lehrlinge in ganz einseitiger Weise ausgebildet würden. Das seien dann später diejenigen, die für jeden Preis arbeiten. Es sprachen hierzu noch eine Reihe von Kollegen, welche teilweise ihrer Verwunderung über die große Zahl von Lehrlingen in Fachsenheim Ausdruck gaben. In dessen wurde übrigens auch darauf gesehen, daß der Lehrling, wenn er ausgebildet hat, nicht bloß anschlagler könne, sondern auch vom Verband der Lederwaren unwirksam sei. In der nächsten Versammlung sollen die Mitglieder, die sowohl auf diesen als auch auf anderen Gebieten unserer Branche zu finden sind, zur Sprache kommen.

Soziales.

H. W. Sind Heimarbeiter gegen Betriebsunfälle zu versichern? Diese Frage ist von den Arbeitnehmerorganisationen von jeher bejaht, jedoch von den Unternehmern, einschließlich der Lederwarenfabrikanten und ihrer Vereinigung, stets verneint worden. Es ist daher eine Entschädigung des Reichsversicherungsamtes für unsere Kollegenschaft von großer Bedeutung, nach welcher der Arbeitgeber auch die von ihm beschäftigten „Heimarbeiter“ oder „unselbständigen Lohnarbeiter“ zu versichern hat. Zu beachten ist, daß das Reichsversicherungsamt auch hier die Bezeichnungen „Hausgewerbetreibender“ und „Heimarbeiter“ zu definieren versucht, ohne eine allgemein gültige Form zu finden. Es heißt da: „Hausgewerbetreibende sind aus dem Grunde als „selbständige“ Gewerbetreibende anzusehen, weil sie regelmäßig ohne eine Beschäftigung hinsichtlich der Innehaltung einer bestimmten Arbeitszeit und einer bestimmten Art der Ausführung der Arbeit, oft auch zu gleicher Zeit für mehrere Unternehmer arbeiten und demgemäß eine gewisse Unabhängigkeit von der Aufsicht und Leitung ihrer Arbeitgeber besitzen, während die „Arbeiter“ in den vorbeschriebenen Richtungen einer fortlaufenden Aufsicht und Leitung zu unterliegen pflegen.“ Von den Hausgewerbetreibenden zu unterscheiden sind die sogenannten „Heimarbeiter“ oder „unselbständigen Lohnarbeiter“, d. h. die unselbständigen Lohnarbeiter, welche von Gewerbetreibenden außerhalb deren Betriebsstätten verwendet werden. Diese sind als Arbeiter ihrer Arbeitgeber anzusehen. Die Frage, ob Personen, welche im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender in eigenen Betriebsstätten gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten, Hausgewerbetreibende oder unselbständige Lohnarbeiter sind, wird nur nach den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles zu unterscheiden sein. Insbesondere ist für den Unterschied zwischen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern nicht ausschlaggebend, daß die Person in eigener Betriebsstätte arbeitet, auch nicht, daß sie wirtschaftlich vom dem Unternehmer, der sie beschäftigt, abhängig ist.

Dem beides trifft sowohl für die eine wie für die andere Gruppe von Personen zu. Es kommt vielmehr in erster Reihe darauf an, ob eine persönliche Abhängigkeit dem Auftraggeber gegenüber besteht.“ Nach dieser Klarlegung steht es unzweifelhaft fest, daß unsere Heimarbeiter, d. h. die Lohnarbeiter, die ihren Lohn vom Unternehmer holen und dafür nur Lohn erhalten, also keinerlei geschäftliches Risiko tragen, versicherungspflichtig sind. Und weil sie es sind, richten wir an unsere Kollegen das dringende Ersuchen, bei Straußereien oder Betriebsunfällen, von denen sie betroffen werden, sich nicht kurzerhand abweisen zu lassen, sondern solche Fälle an die Verbandsleitung zur weiteren Durchführung zu überweisen. Von weiterer Bedeutung ist, daß Hausgewerbetriebe, in denen durchschnittlich 10 und mehr Personen beschäftigt werden, als „Fabrik“ angesehen werden und demzufolge sind die hier Beschäftigten versicherungspflichtig. Der Hausgewerbetreibende alias Fabrikant, ist für eventuelle Betriebsunfälle usw. haftbar zu machen, wenn er die Meldung nicht vollzogen hat.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Der Reichstag nahm seine Arbeiten erst am Donnerstag wieder auf und setzte die Beratung des Militärrats fort. Der Seniorenkonvent beschloß, die Etatsberatung bis zum 18. März fertigzustellen, und man nimmt an, daß diese Arbeit auch in die Tat umgesetzt werden wird, da noch 28 Sitzungstage zur Verfügung stehen. Was die Reichsversicherungsordnung anbelangt, so wird, falls sie dem Reichstage noch vor Eröffnung der ersten Lesung des Entwurfs erst nach Erfüllen der Bedingnisse an die Kommission abgegeben werden. In sonstigen Vorlesungen werden noch erwartet das Stellenvermittlungsrecht, eine Novelle zum Urheberrecht, eine Gewerbeordnungs-Novelle und das abgeänderte Arbeiterkammergesetz. Vielleicht wird einer dieser Entwürfe noch vor Eröffnung der ersten Lesung beraten werden können. Wegen Ende April dürfte das Klement des Reichstags seine Arbeiten erledigt haben und auf weitere Beschäftigung erst im Herbst rechnen können. Man nimmt also an, daß sich der Reichstag etwa zu Jahresmitte auf den Frühherbst verlagern wird. In der Budgetkommission wurde bei der Beratung des Militärrats eine sehr vernünftige Resolution angenommen, nach dieser sollen die für die Erwerbstätigen so lästigen Kontrollversammlungen nur noch einmal alljährlich und nicht wie bisher halbjährlich stattfinden. Am Sitzungstage des Reichstages selbst herrscht noch immer die Gewitterstimmung, deren Kommen durch den Eidenburg-Jamischauer so läppisch wider Willen angezeigt wurde. Auch die gleichzeitig im preussischen Abgeordnetenhaus um „den natürlichen Dreißigsten von der Welt“ (die sogenannte Wahlreform) tobende Schlacht läßt ihr Köstengestirn bis hinüber ins „Reichsparlament“, den Reichstag, ertönen. Bei der Position „militärisches Bildungswesen“ hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Emmel mit Recht darauf hingewiesen, daß Offiziere sowohl wie Mannschaften der Armee auf dem Gebiete der Rechts- und Verfassungskunde wenig, fast gar nicht bewandert sind. Er wies auf den unter den Militärpersonen bestehenden Atrium hin, daß sie bei einem Defekte durch Vorgesetzte zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet wären, auch wenn der Befehl ein verwerdlicher ist. Eidenburg-Jamischauer, der ja selbst Offizier gewesen sei, habe diese Annahme aufs glänzendste bestätigt. Der Herr Kriegsminister, der den Vraten, der ihm hier als Lokspeise vorgelegt wurde, sehr wohl roch, glaubte sich dadurch aus der Schlinge zu ziehen, daß er in getreuer Nachahmung „berühmter“ Vorgänger sagte: „Ja lehne es ab, darauf zu antworten.“ Doch das Mitglied reißt schnell. Der Abgeordnete Ledebour nahm sich sofort der Sache an und ließ den Minister nicht ledern, wodurch der Kriegsminister Gelegenheit bekam, sich als Rückzugsstrategie zu blamieren. Es stellte sich heraus, daß der Herr Minister bei seinem Erforschen über die Pflichten der Offiziere und die Rechte der Krone nicht an Preußen oder Deutschland, sondern an — Aukressen gedacht hat. — Na, also, und darum gleich die Aufregung. „Lieb Vaterland magst ruhig sein.“ — Zu längeren Debatten kam es noch durch Klugung von Arbeitstagen, die sich in den Vorkesseln- und Artilleriemerksätzen herausgebildet haben. Daß die Arbeiterauschüsse der Militärwerkstätten deren Leitungen nicht sonderlich gefallen, ist begrifflich, denn die leitenden Personen, wohl ohne Ausnahme ehemalige Militäre, können sich solche „revolutionären“ Zustände gar nicht erklären. Und da es ja in den Kompanien, Regimentern und Schwadronen auch keine betrieblige Ausschüsse gibt, halten sie solche Körperlichkeiten auch in den Werkstätten für überflüssig. Man läßt sich die „Kerle“, die in solchen Ausschüssen sitzen, allenfalls noch gefallen, wenn sie das Maul halten. Dieses

schon; nun ein Mitglied des Arbeiterausschusses in Stragburg i. E. nicht wenig befohlen zu haben, und wurde deshalb entlassen. Der Herr Wandel betonte jedoch, daß die Entlassung nicht wegen seiner Tätigkeit als Ausschussmitglied, sondern nur deshalb erfolgte, weil er den „Kreiden geschärft“ habe. Was nämlich das jetzt in, wenn es aus dem Militärdeutsch in die bunte Umgangssprache übersezt wird.

Im Preussischen Landtage sah man mit Spannung dem Donnerstag, dem ersten Tage der Wahlrechtsdebatte entgegen.

Anfangs der Woche wurde der Justizetat, und zwar das Gerichtslohnengesetz, beraten, wo sich dem Abgeordneten Vieschnich Gelegenheit bot, die ganze Misere unserer „Rechtsprechung“ lebend passieren zu lassen. Die Göttin Justitia scheint eben doch ausgeteilt in der Wiebe, die sie vor den Augen trägt, durchsichtige Stellen zu finden und ihre Urteile nicht ohne Ansehen der Person zu fällen. Natürlich macht sie derartige Sachen nicht mit Absicht, ganz unwillkürlich hat sie solche „Schlupflügel“. Es wird viele Mühe kosten, die bürgerlichen Parteien, die speziell in Fragen des Rechts ungenau konservativ sind, und bei Veränderungen ausschließlich ihre eigenen Interessen berücksichtigt sehen wollen, etwas moderneren Rechtsbegriffen zugänglich zu machen.

Und er sprach! Der Major v. Hollweg nämlich. Ein Ereignis von größter Bedeutung. Er sprach so, und zwar 1½ Stunden lang, daß die gesamte Kulturwelt sich wochenlang keinen anderen Unterhaltungsstoff zu beschaffen braucht. Die Begründung der Wahlrechtsvorlage hat den guten Mann in die Rolle des Zauberkochs verriet, der nun mit Angst und Schreden sieht, was er angerichtet hat. Doch er wird sie nicht mehr los, die Geister, die er rief. Er hat gewissermaßen die gesamte außerpreussische Kulturwelt beleidigt, indem er die demokratischen Einrichtungen (Wahlrecht usw.) der süddeutschen und außerdeutschen Staaten, sowie des Deutschen Reichstages selbst, nicht als Zeichen des Fortschritts, sondern als Zeichen und Ursache der Falschheit, der politischen Unwissenheit, Rohheit und Verfluchung bezeichnet. — Wer lacht da? Anders als in gewöhnlichen Menschenköpfen makt sich in diesem philosophisch-militärischen Majorstöpfe die Welt.

Inzwischen hat der Kampf auf der ganzen Linie begonnen. Der Entwurf wurde nach dreitägiger Nachschlacht einer Kommission zur Beratung überwiesen, und außerhalb des Parlaments haben die Arbeiterschaft und ein leider nur kleiner Teil des fortschrittlich-gesinnten Bürgertums den Kampf gegen den Wuchselzug aufgenommen. Von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt hat sich das preussische, ja, das gesamte deutsche Volk erhoben, um gegen das Gesetz preussischer Inzucht zu protestieren. Ein millionenstimmiger und doch ein Einheitschrei ertönt, und der lautet: „Fort mit diesem erbärmlichen Erzeugnis impotenter preussischer Wehrmänner! Wer mit dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht!“

Bei den Wahlen und Stichwahlen zur Hamburger Bürgererschaft wurden durch das Zusammengehen der Sozialdemokraten mit dem ehrlich liberalen Teil des Bürgertums die Wahlrechtsräuber von ebendem glänzend aufs Haupt geschlagen. So daß man annehmen kann, daß das erst vor einigen Jahren verschlechterte Wahlrecht nicht mehr lange am Leben bleiben dürfte.

Das nunmehr endgültige Ergebnis der Wahlen in England ist folgendes: 275 Liberale, 274 Konserervative, 40 Arbeiterabgeordnete, 82 Nationalisten (Iren). Insgesamt 670 Parlamentarier.

Sind die von Unternehmerverbänden festgesetzten Konventionalkraften zu zahlen? Im Dezember 1908 wollten die Scharfmacher der Danauer Edelmetallindustrie eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse herbeiführen. Die Tarifgemeinschaft sollte besetzt und der Arbeiterschaft eine einseitig erlassene, drakonische Arbeitsordnung auferlegt werden. Den Widerstand der Arbeiter wollte man durch eine allgemeine Aussperrung brechen. Der saubere Plan wurde aber durch festes Zusammenhalten der Arbeiter und durch das geschickte Operieren des Metallarbeiterverbandes vereitelt. Weil nun auch zwei Firmen des Arbeitgeberverbandes während des Kampfes erklärt hatten, sich nicht an der Aussperrung zu beteiligen, und aus dem Arbeitgeberverbande austreten zu wollen, verlangte der Verband von den beiden eine Konventionalkraft von 1800 bezw. 1800 Mark als Sühne. Die beiden Firmen hatten sich auch bereits im Vergleich bereit erklärt, vor der Danauer Kammer für Handelsfachen 400 bezw. 600 Mark für einen gemeinnützigen Zweck zu zahlen. Nachträglich haben sie es sich aber anders überlegt und ein Urteil von der Kammer für Handelsfachen verlangt. Dieses wurde gestern gefällt; es lautete auf Absetzung der Klage. Sämtliche Kosten muß der Arbeitgeberverband für die Edelmetallindustrie tragen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Mit dieser Nummer der Zeitung geht den Ortsverwaltungen das Regulative für die Auszahler und Empfänger von Unterstützungen zu. Wir bitten dabei zu beachten, daß nur die Mitglieder ein Regulative erhalten dürfen, welche im Besitz eines Mitgliedsbuches sind, also nur solche Mitglieder, die Anspruch auf Unterstützungen haben.

Als verloren gemeldet wurde das Mitgliedsbuch Nr. 8575 (Germann Schuldt) und wird dasselbe für ungültig erklärt.

Der zweite Stichtag im ersten Quartal für die Arbeitslosenstatistik ist der 26. Februar. Die Funktionäre, die mit dem Ausfüllen der Karte betraut sind, haben sich also zu notieren, wieviel arbeitslose Mitglieder am Sonnabend, den 26. Februar, am Orte vorhanden sind, sowie die Zahl der an diesem Tage in der Verwaltungsstelle sich aufhaltenden zugereisten Mitglieder.

Der Vorstand.

Bücherschau.

„Der Bibliothekar“, Nr. 2 (Februar 1910), ist soeben erschienen. Die 10 Seiten starke Nummer enthält folgende Aufsätze und Abhandlungen: Die Arbeiter- und Banerbibliotheken der sozialistischen Organisationen in Rußland. Von Denis. — Die Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften, bibliographisches Zentralorgan. Von Hannover. — Eine internationale Klassifikation. Von Hannover. — Technisch-literarische Umschau. Von K. Volbt. — Revue der Bücherbesprechungen: Bibliothek von Hhl. — Bildungsarbeit. Von Hannover. — Bücherbesprechungen. — Bibliothekberichte: Leipzig, Mittweida, Berlin, Gera. — Bibliothekstechnisches: Berichtungen zu Bibliothekskatalogen. Der Bezugspreis für den „Bibliothekar“ (2 Mk. im Jahr) ist so niedrig, daß keine Organisation und kein Buchfreund es veräumen sollte, das Blatt zu abonnieren.

Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur- und Geistesleben. Heft Nr. 7. Herausgegeben von M. S. Faegge und E. W. Trojan. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Andromedanebel. Von F. Linde. — Der Regenwurm und seine Verwandten in der Erdgeschichte. — Eheleben bei den Tieren. — Neue Untersuchungen über den Bau des Hirnstrahles. Und anderes mehr. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage zum Preise von 1,25 Mk. vierteljährlich, bei Jahresung als Druckfache direkt vom Verlag 5,75 Mk. jährlich. Einzelne Hefte 25 Pf. Verlag: Teichmann u. Co., Leipzig, Baherische Straße 4.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund. Kostenfreien, brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft, durch geprüfte Lehrer, die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes. Anfragen mit üblich beigefügtem Porto richtet man an Louis Flach, Frankfurt a. M., Grabengasse 35.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Als Heft 22 erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68: „Daut- und Haarpflege“. Von Dr. Chajes. Eine Fülle von Wissen, Tatsachen und Beobachtungen, so ziemlich das ganze große Gebiet der Haut- und Haartraktarbeiten, soweit es dem Laien verständlich ist, steht in dem kleinen Heft. Besonders willkommen wird Lesern und Lesefrauen die kritische Besprechung der Mittel zur Haut- und Haarpflege (Wasser, Seife, Fette und Salben, Puder usw.) sein. Preis 50 Pf., Volksausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Adressenänderungen.

Gemein: B. Paul Clemens, Alte Marktstr. 45.
Gera: B. Fritz Kluge, Diebsteigstr. 14.
Bremmerhäuser: K. R. U. Wilhelm Wulff, Lebe, Diebsteigstr. 10, von 12—1 Uhr und 6—7½ Uhr. — A. N. Paul Schneider, Westmünde, Dominikstr. Nr. 9, parterre, 1—1½ und 7—8 Uhr. — H. u. V. bei M. Schütter, Diebstr. 58.

Verfallungskalender.

Unter dieser Rubrik beschleunigen wir tollentlos diejenigen Verfallungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.

Gera i. Meuß. Sonnabend, den 5. März, Mitgliederversammlung.
Meerane. Mittwoch, den 23. Februar, abends ½8 Uhr, im „Deutschen Haus“ außerordentliche Mitgliederversammlung (wichtige Tagesordnung).

Gera a. Ruhr. Sonnabend, den 26. Februar, abends 9 Uhr, Grabenstraße 23, bei Reichwinkel.
Glogau. Sonnabend, den 19. Februar, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung, Vortrag des Genossen Rudat über: „Die Vorlage zum Reichsversicherungsrecht“.

Düsselbork. Dienstag, den 22. Februar, abends ½9 Uhr, im neuen Volkshaus Flingerrstraße, Zimmer 4, Mitgliederversammlung.

Offenbach a. M. Brändenversammlung! Montag, den 21. Februar, abends 6 Uhr, im „Storch“, Damentaschenbrande. — Mittwoch, den 23. Februar, abends 6 Uhr, im „Lindenfels“, Zuschneider und Zuschneiderinnen. — Mittwoch, den 23. Februar, abends 6 Uhr, im „Lindenfels“, aller auf Sport, Wettentischen und englisch eingezogenen Arbeit beschäftigten Arbeiter.

Anzeigen.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonnabend, den 12. März 1910, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hfer 15:

„Ein Sommerfest in der Laubenkolonie.“

Humoristische Vorträge der Gebr. Orloff.
Um 1 Uhr:
Gratis-Vorlesung selbstgezogener landwirtschaftlicher Produkte und Kleinvieh.
Es wird gebeten, in entsprechendem Kostüm oder Sommertoilette zu erscheinen.
Eintritt 50 Pfennig.
Eröffnung 8½ Uhr. Anfang 9 Uhr.
Billetts sind bei den Verfallungsvertrauensleuten sowie im Bureau zu haben.
Um zahlreichen Besuch bittet
„Der Generalpächter“.

Infolge bedeutender Betriebsvergrößerung suchen wir noch einige sehr tüchtige

Täschner und Kofferarbeiter

bei dauernder Beschäftigung. Arbeitsbedingung: Akkord nach Stuttgarter Tarif.
Gaeßler & Vöcker,
Magdeburg.

Koffermacher

auf große Reisekoffer
Dorfmann & Sander,
Hannover.

Der Portefeutler **Theodor Stier** aus Offenbach a. Main wird Erteilung halber ersucht, seine Adresse an seinen Vater, **Georg Stier** in Offenbach, Haiselbachstraße 50, umgehend einzufenden.

Erklärung!
Ich erkläre hiermit, daß ich die Beleidigung gegen den Kaufmann J. Rehder bei Grünwald & Kruppenheim mit Bedauern zurücknehme.
Georg Vetter, Offenbach a. Main.

Gesucht an jedem Ort,
Leute, welche Betrieb hochleganter Neuposten übernehmen. Hochlohnender Nebenberuf. Auskunft an jedermann kostenlos.
Herrn Wolf,
Zwickau i. Sa., Nordstr. 80.

Lehrbücher für Sattler:

Bergerhoff, Der moderne Tapezierer . . . 7,50 Mk.
Wargenkers, Der Sattler als Zuschneider 5,00
Mausch, Der Wagenfabrikant 8,00
Reinisch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00
Reuter, Die Schule des Tapezierers . . . 7,50
Schlüter u. Mausch, Handbuch f. Sattler 9,00
Schlüter, Zuschneiden der Sattler-Arbeiten 7,50

Zu beziehen durch:
J. H. Fassenbach, Berlin SO. 16.